
Jahresbericht 2019
Rapport annuel 2019

Nr. 10 der Schriftenreihe der FDP.Die Liberalen
Herausgegeben vom Generalsekretariat,
Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

Publication no 10 du Parti libéral radical suisse
Editée par le Secrétariat général,
Neuengasse 20, Postfach, 3001 Berne

Nota Bene:

Der Jahresbericht 2019 wird nicht in gedruckter Form versandt. Er ist auf der Webseite der FDP unter www.fdp.ch als PDF-Dokument aufrufbar.

Le rapport annuel 2019 du PLR ne sera pas imprimé mais mis en ligne sur www.prd.ch et www.plr.ch sous la forme d'un document pdf.

1.	Turbulentes Wahljahr 2019.....	4
1.1.	Freisinnige Umwelt- und Klimapolitik	4
1.2.	Weitere Themen.....	5
1.3.	Kantonale Wahlen und Abstimmungen.....	7
1.4.	Nationale Wahlen 2019 und Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates	8
1.5.	Ausblick.....	10
2.	Parteiarbeit: Delegiertenversammlungen / Parteipräsidentenkonferenzen / Volksabstimmungen	12
2.1.	Delegiertenversammlungen	12
2.2.	Volksabstimmungen	13
3.	Das parlamentarische Jahr 2019.....	14
3.1.	Frühlingsession - Session de printemps 04. März bis 22. März 2019	14
3.2.	Sondersession NR – Session spéciale du Conseil national 07. Mai bis 09 Mai 2019	15
3.3.	Sommersession – Session d'été 03. Juni bis 21. Juni 2019.....	15
3.4.	Herbstsession – Session d'automne 09. September bis 27. September 2019.....	16
3.5.	Wintersession – Session d'hiver 02. Dezember bis 20. Dezember 2019.....	20
4.	Nahestehende Organisationen	22
4.1.	FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz	22
4.2.	FDP.Die Liberalen Service Public	24
4.3.	FDP International	25
5.	Anhang – Annexe	27
5.1.	Anhang A – Annexe A.....	27
5.2.	Anhang B – Annexe B.....	27
5.3.	Anhang C – Annexe C.....	27
5.4.	Anhang D – Annexe D.....	28

Jahresbericht 2019

1. Turbulentes Wahljahr 2019

Samuel Lanz, Generalsekretär FDP.Die Liberalen

Das Jahr 2019 war geprägt von drei grossen Herausforderungen für die FDP.Die Liberalen Schweiz. Neben den nationalen Wahlen waren dies insbesondere die Themenkonjunktur mit den internationalen, nationalen, aber auch parteiinternen Diskussionen rund um Klima und Umwelt sowie den Fragen zur Konkordanz und der Zusammensetzung des Bundesrates im Nachgang zu den Wahlen. Für die Partei geht ein schwieriges und gleichzeitig äusserst wichtiges Wahljahr zu Ende.

Das Jahr 2019 war geprägt von der sogenannten grünen Welle. Bereits zum Jahresbeginn zeichnete sich sehr klar ab, dass die Diskussionen rund um Klima und Umwelt, verbunden mit den Protestwellen, das politische Wahljahr prägen würden. Es wurde auch sehr schnell offensichtlich, dass weitere Themen nicht gleichermassen in den Fokus der öffentlichen Diskussion stehen würden.

1.1. Freisinnige Umwelt- und Klimapolitik

Nach dem Scheitern des CO₂-Gesetzes im Nationalrat in der Wintersession 2018 und angesichts der aufkommenden Diskussionen rund um die Klima- und Umweltthematik, gab Parteipräsidentin Petra Güssi am 16. Februar 2019 ein vielbeachtetes Interview. Darin gab sie bekannt, dass sie eine parteiinterne Umfrage aller 120 000 FDP-Mitglieder zur Umwelt- und Klimapolitik lancieren wolle. Sie stellte klar, dass es ihr nicht um Wahltaktik, sondern um die Wichtigkeit des Themas selbst gehe und dass dies eine Investition in die Zukunft sei. Am 1. März 2019 beschloss die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten (PPK) einstimmig die von Parteipräsidentin Petra Güssi vorgeschlagene Mitgliederbefragung, welche dann am 29. März um 08:00 startete. Sie dauerte 24 Tage. Allen Parteimitgliedern der FDP.Die Liberalen wurde auf dem Postweg ein persönlicher Login für ein Onlineportal zugestellt, auf dem sie zahlreiche Fragen im Zusammenhang mit der Umwelt- und Klimapolitik beantworten konnten.

Der Fragebogen war in zwei Teile mit unterschiedlichen Komplexitätsgraden unterteilt. In einem ersten, allgemeinen Teil ging es darum, ob und wie sich unsere Mitglieder für die Umwelt engagieren, ob sie mehr Verbote, strengere Vorschriften im Allgemeinen oder mehr Eigenverantwortung befürworten. Zudem konnten sie beurteilen, inwiefern sie mit der Leistung der FDP in der Umwelt- und Klimapolitik zufrieden waren. Bewusst wurde ein breites Spektrum an Positionen abgefragt. Im zweiten Teil konnten die Mitglieder vertiefende Fragen zu den Themenfeldern Verkehr, Gebäude, natürliche Lebensgrundlagen, Industrie, Strom und Energie beantworten. Der Fragebogen wurde von einer durch die PPK ins Leben gerufene Begleitgruppe konzipiert und ausgearbeitet.

Mit über 14 000 Mitglieder hat ein signifikanter Teil der Parteimitglieder an der anspruchsvollen Befragung teilgenommen. Die Antworten gaben einen guten Einblick in die Haltung der Parteibasis und ergaben qualitativ hochwertige statistische Aussagen. Am 30. April wurden die Resultate der Umfrage von der PPK zur Kenntnis genommen, nachdem diese von der Begleitgruppe, der Fachkommission Umwelt & Energie und dem Vorstand diskutiert worden waren. Die PPK zeigte sich erfreut über die positive Resonanz der Umfrage.

In der Umfrage sprach sich die FDP-Basis klar dafür aus, die Position der Partei in der Umwelt- und Klimapolitik stärker herausarbeiten und drückte ihren Wunsch nach einem deutlicheren Engagement der Partei in diesen Fragen aus. Entsprechend beschloss die PPK, dass die Partei ihre Position in der freisinnigen Klima- und Umweltpolitik durch liberale Grundwerte wie Eigenverantwortung, Innovation und Herstellung von Kostenwahrheit stärken werde. Sie erteilte den Auftrag, die Ergebnisse der Befragung als Grundlage für ein neues, klares Positionspapier zu nehmen. Mit Hochdruck erarbeitete die Begleitgruppe in einem nächsten Schritt dieses Positionspapier, welches in mehreren Sitzungen von Vorstand und PPK bereinigt wurde. Begleitet von Vizepräsident Andrea Caroni, Nationalrat Benoît Genecand und Ständerat Damian Müller präsentierte Parteipräsidentin Petra Güssi dieses am 24. Mai in Langenthal den Medien.

Anschliessend konnten die Delegierten nochmals Anträge zuhanden ihrer Versammlung vom 22. Juni in Altstätten stellen. Mehr als sechs Stunden wurde intensiv über die Stärkung der freisinnigen Position in der Umwelt- und Klimapolitik diskutiert. Insgesamt wurden über 50 Anträge bereinigt. Mit dieser Delegiertenversammlung fand ein mehrmonatiger, sehr breiter abgestützter und zutiefst basisdemokratischer Diskurs seinen Abschluss. Das Papier wurde mit 190:19 Stimmen bei einer Enthaltung deutlich gutgeheissen.

Im Zentrum des Positionspapiers stand der Grundsatz, dass Umweltpolitik immer auch Wirtschaftspolitik ist: Nur eine starke Wirtschaft kann zu Wohlstand führen und so wirksame Massnahmen im Bereich Umwelt und Klima ermöglichen. Nur wirtschaftlicher Fortschritt lässt Raum für Forschung und Innovation, was wiederum Problemlösungen ermöglicht. Eine liberale Umweltpolitik ist eine Chance für Gesellschaft und Wirtschaftspolitik. Pauschale Verbote hingegen bedeuten Stillstand und gehören nicht in eine freiheitliche Welt. Die Menschen wollen nicht in einer Welt voller Verbote leben. Sie wollen zukunfts- und lösungsorientierte Vorschläge, nahe beim Menschen. Sie wollen zielführende Massnahmen, die nachhaltig sind, das heisst ökologisch, ökonomisch und sozial. Nur so sind sie wirksam, finanzierbar und akzeptierbar.

Die aus den liberalen Grundsätzen abgeleitete Kaskade von Massnahmen – über Eigenverantwortung, Lenkung bis zu stringenteren Restriktionen – erstreckt sich im verabschiedeten Positionspapier über vier Kapitel: Natur, Wohnen, Ausbildung Arbeit, Mobilität.

Der gesamte Prozess war für die Partei, aber auch für das Generalsekretariat eine ausserordentliche Herausforderung. Sie band über fünf Monate viele zeitliche und personelle Ressourcen auf allen Ebenen. Es zeigte sich jedoch, dass die Partei äusserst schnell und schlagkräftig Antworten und Ideen für aktuelle Fragestellungen entwickeln kann. In diesem Sinne kann die ganze Diskussion als Erfolg gewertet werden. Es zeigt sich zudem klar, dass die direkte Einbindung der Mitglieder in die Erarbeitung von Positionen und die Entwicklung neuer Ideen grosses Potential hat und in Zukunft unbedingt weitergeführt werden muss.

1.2. Weitere Themen

1.2.1. Europapolitik

Die FDP zeigte sich am 7. Dezember 2018 erfreut, als nach fünf Jahren Mutmassungen und vielen Unklarheiten endlich ein konkreter Text für ein mögliches Rahmenabkommen auf dem Tisch lag. Nun konnte eine breite Konsultation beginnen. Mit dem diesem Entscheid zum weiteren Vorgehen in der Europapolitik machte der Bundesrat den Weg frei für eine fundierte und breite Diskussion über die Zukunft des bilateralen Wegs.

Am 22. Februar 2019 traf sich die FDP-Liberale Fraktion zu ihrem jährlichen Seminar und analysierte sie im Beisein von Bundesrat Ignazio Cassis das Verhandlungsergebnis. Nach einer intensiven, sachlichen Diskussion entschied sie sich, „Ja aus Vernunft“ zum Verhandlungsergebnis des Rahmenabkommens zu sagen. In drei Punkten forderte die Fraktion eine Konkretisierung durch Präzisierungen, die im weiteren politischen Prozess eingebracht würden. Der Bundesrat soll entsprechend in Gesprächen mit der EU in folgenden drei Bereichen Klärung schaffen:

- Unionsbürgerrichtlinie: Weiterentwicklungen in diesem Bereich sollen sich auf den Arbeitsmarkt beschränken. Dies ergibt sich aus der Feststellung, dass die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU auf der Arbeitnehmereigenschaft beruht.
- Lohnschutz: Das InstA darf die Wirkung des Lohnschutzes nicht gefährden. Durch das Abkommen kann das heutige Lohnschutzniveau innerhalb des Anwendungsbereiches der Entsenderichtlinie und der Durchsetzungsrichtlinie weiterhin gewährleistet werden.
- Guillotine-Klausel: Mit dem InstA untersteht die Kündigung eines Vertrages als eventuelle Ausgleichsmassnahme einer Überprüfung und kann in keinem Fall verhältnismässig sein.

In der Folge unternahm der Bundesrat am 7. Juni 2019 zwei wichtige Schritte zur Sicherung des bilateralen Wegs: Zum einen verabschiedete er die Botschaft zur Ablehnung der Kündigungsinitiative. Zum anderen entschied der Bundesrat über das weitere Vorgehen zum Rahmenabkommen und sendete ein deutliches, positives Signal an die EU. Gleichzeitig machte er aber klar, dass beim Rahmenabkommen in drei Bereichen Konkretisierungen nötig sind. Damit nahm der Bundesrat unter der Führung unserer beiden Bundesräte Ignazio Cassis und Karin Keller-

Sutter das Heft in die Hand. Entsprechend erfreut zeigte sich die FDP und forderte, dass dieser Elan genutzt werden solle: Die Konkretisierungen sollen rasch abgeschlossen und der innenpolitische Prozess gestartet werden. Die nationalen Wahlen verhinderten jedoch, dass in der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU 2019 weitere Fortschritte gemacht werden konnten.

1.2.2. Wirtschaftspolitik

Auch im freisinnigen Kernthema Wirtschaft blieb die FDP im letzten Jahr nicht untätig und erarbeitete ein neues, umfassendes Positionspapier, das am 22. August den Medien vorgestellt wurde. Die FDP forderte darin eine umfassende Vorwärtsstrategie zur Steigerung der Standortattraktivität, damit Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz bewahrt werden können. Die bestehenden guten Rahmenbedingungen der Schweiz sollen gezielt gestärkt und Wettbewerbsnachteile abgeschafft werden:

- Die Stärke des Schweizer Werkplatzes ist seit jeher die Innovationskraft und Zuverlässigkeit. Diese Vorteile müssen ausgebaut werden. Darüber hinaus muss die Schweizer Wirtschaft unbedingt durch optimale Rahmenbedingungen unterstützt werden. Die Regulierung muss konsequent abgebaut und die Digitalisierung im Interesse der Volkswirtschaft aktiv genutzt werden.
- Als Hochtechnologieland braucht die Schweiz genügend gut qualifizierte Fachkräfte. Innenpolitisch sind daher die nötigen Massnahmen zu treffen, um das inländische Arbeitskräftepotenzial zu stärken. Der Kampf um die besten Talente spitzt sich aber weltweit zu. Die bürokratischen Zulassungsverfahren von Fachkräften aus Drittstaaten zum Schweizer Arbeitsmarkt und die restriktive Kontingentierung sind daher einer dynamischen Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Schweiz hinderlich.
- Die Schweiz ist stark und wohlhabend, weil sie sich im Wettbewerb behaupten kann und muss. Konkurrenz verbessert die Qualität und fördert den Fortschritt. Die Schweiz muss daher gerade in unsicheren Zeiten die Liberalisierung vorantreiben und dies insbesondere auch im Inland. Hier sind wir frei, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um Staat und Wirtschaft fit zu trimmen. Wenn wir im Inland liberale Rahmenbedingungen schaffen, fördert dies einerseits die Binnen- und die Exportwirtschaft und macht die Schweiz andererseits attraktiv für Investitionen und Verlagerungen von Arbeitsplätzen aus dem Ausland.
- Der Zugang zum EU-Binnenmarkt ist gefährdet. Bei einer Kündigung der Bilateralen würde dieser wegfallen. Andere Herausforderungen sind ohne neue Abkommen kaum zu bewältigen, z.B. die vollständige Integration in den europäischen Strommarkt zur Besserstellung der inländischen Stromproduktion über ein mögliches Strommarktabkommen. Der Plan A ist die langfristige Absicherung des EU-Marktzugangs mittels eines Rahmenabkommens, das aber innenpolitisch einen schweren Stand hat. Parallel dazu muss das Netz der Freihandelsabkommen mit Partnern ausserhalb der EU gestärkt werden, um neue Marktzugänge für unsere Unternehmen zu erschliessen.
- Ein attraktives Steuersystem ist nebst anderen Vorteilen ein zentraler Punkt für die Ansiedlung von Firmen und vermögenden Investoren. Im Rahmen des international Möglichen, müssen wir über maximal attraktive Steuern verfügen – sowohl in der Höhe wie auch im Erhebungsprozess. Diese Zielsetzung ist aktuell noch verstärkter zu verfolgen angesichts der internationalen Entwicklungen in der Steuerpolitik der OECD. Die Schweiz muss vorausschauend und aktiv die Steuerpolitik u.a. der digitalen Wirtschaft gestalten, damit wir wettbewerbsfähig bleiben können.

1.2.3. Altersvorsorge

Auch das Thema Altersvorsorge beschäftigte die Partei 2019. Am 4. Mai verabschiedeten die Delegierten die Resolution «das Vertrauen in unsere Altersvorsorge wiederherstellen» mit der Forderung nach tiefgreifenden Reformen, um die Altersvorsorge den demographischen Realitäten anzupassen. Insbesondere setzt sich die FDP für einen flexibleren Rentenantritt ein und befürwortet massgeschneiderte Massnahmen statt einer Altersguillotine.

Am 2. Juli präsentierten die Sozialpartner ihren Vorschlag zur Reform der zweiten Säule. Dieser entsprach in der Stossrichtung dem Plan B der FDP nach der gescheiterten AV2020. Daher begrüsst die Partei weite Teile der Massnahmen. Dem Kompensationsvorschlag der Mehrheit der Sozialpartner stand die FDP indessen kritisch gegenüber. Die Einführung einer systemwidrigen Umlagekomponente im BVG ist problematisch, gerade weil die Kosten für die Kompensation hauptsächlich bei den jungen Generationen anfallen. Die zweite Säule steht

bekanntermassen für individuelles Sparen – sie soll nicht die umverteilende Rolle der AHV übernehmen. Die FDP forderte deshalb, dass auch andere Kompensationsmechanismen geprüft werden müssen.

Einen Tag später präsentierte der Bundesrat die Eckwerte zur Reform „AHV 21“. Sie enthielten ebenfalls einige Forderungen aus dem Plan B der FDP, wie etwa die Angleichung des Rentenalters auf 65 Jahre. Die FDP begrüsst diese Angleichung und stand auch hinter einer Kompensation für direkt betroffene Frauen. Sie betonte jedoch, dass diese nicht zu hoch sein dürfe, da sie sonst die erzielten Einsparungen grösstenteils wieder zunichtemacht. Darum kämme für die FDP nur die in der Vernehmlassung vorgeschlagene Variante über 400 Millionen Franken infrage. Die in der Vorlage weiter vorgesehene deutliche Mehrwertsteuererhöhung von 0.7 Prozent lehnte die FDP ab. Nach dem Abstimmungserfolg der AHV-Steuervorlage müsse dieser Betrag deutlich sinken, erklärte die Partei. Es brauche zudem eine echte Flexibilisierung des Rentenalters und Anreize, damit diejenigen die wollen, länger erwerbstätig bleiben können.

1.3. Kantonale Wahlen und Abstimmungen

In fünf Kantonen fanden 2019 Wahlen statt. Insbesondere die Wahlen im Kanton Zürich gelten als wichtiger Gradmesser für die später im Jahr stattfindenden, nationalen Wahlen. Leider konnte die FDP ihre gute Bilanz der vorausgehenden Jahre nicht weiterziehen. So musste sie in verschiedenen Kantonen Sitzverluste hinnehmen (Luzern: -3; Tessin: -1; Zürich -2). Schuld an diesen Verlusten war hauptsächlich die sich anbahnende Debatte rund um die Umwelt- und Klimapolitik und das damit verbundene Erstarren von Grünen und GLP. In den Wahlen im Kanton Basel-Land konnte die FDP, trotz den schwierigen Bedingungen ihre Sitzzahl halten. Im Kanton Appenzell Ausserrhoden wurde sogar einen Sitz gewonnen.

Mit diesen letzten kantonalen Wahlen vor den eidgenössischen Wahlen konnte für die gesamte 50. Legislatur abschliessend Bilanz gezogen werden – welche als durchmischt beurteilt werden muss. Die FDP konnte im Verlauf der Legislatur 2015-19 zwar 29 Sitze gewinnen und hat damit nach mehr als 10 Jahren wieder die meisten kantonalen Mandatsträger aller Parteien. Sie stellt nunmehr 554 Mitglieder in den kantonalen Parlamenten. Die letzten Wahlen in den Kantonen weisen jedoch darauf hin, dass die Partei weiterhin viel für ihren Erfolg arbeiten muss. Gerade im Umfeld der laufenden Umwelt- und Klimadiskussion muss die FDP klare Antworten liefern, wenn sie Erfolg haben will. Was die Vertretungen in den kantonalen Regierungen anbelangt, musste die Partei in den letzten vier Jahren auf insgesamt zwei Regierungsräte verzichten. Sie stellt aber mit 40 Regierungsräten nach wie vor am meisten Mitglieder in den kantonalen Exekutiven.

2019 gab es eine Reihe von wichtigen Volksabstimmungen. Allen voran wurde am 20. Mai die AHV-Steuervorlage (STAF) angenommen. Die FDP hatte sich stark für die AHV-Steuervorlage eingesetzt und zeigte entsprechend erfreut, dass die Schweiz ihre Spitzenposition als innovativer und attraktiver Wirtschaftsstandort behalten will. Durch die Vorlage erhalten die Kantone einen flexiblen Werkzeugkasten, mit dem sie freiwillig auf verschiedene international bewährte Massnahmen zurückgreifen können. Die Kantone sind nun gefordert, die richtigen Werkzeuge einzusetzen, damit auch sie zukunftsfähig bleiben. Es ist wichtig, dass sie mehrheitsfähige Reformen schaffen, mit einem ausgewogenen Niveau der Steuersätze und passenden Zusatzinstrumenten. In Bezug auf die Altersvorsorge versteht die FDP AHV-Steuervorlage als ersten Schritt für tiefgreifende Reformen. Sie hat die AHV-Finanzierung stets als soziale Abfederung zur Steuervorlage gesehen – gleichzeitig aber immer auch betont, dass eine richtige Reform der Altersvorsorge weiterhin dringend nötig ist. Die Altersvorsorge muss nun an die demographischen Realitäten angepasst werden. Dafür braucht es strukturelle Reformen der 1. Säule. Auch muss die ungerechte und systemwidrige Umverteilung von Erwerbstätigen zu Rentnern in der 2. Säule ein Ende haben. Zu diesem Zweck sind die Parameter des BVG zu modernisieren. Und schliesslich muss das Potenzial der 3. Säule – der privaten und eigenverantwortlichen Altersvorsorge – voll ausgeschöpft werden.

Ebenfalls am 20. Mai sagten das Stimmvolk Ja zum Waffengesetz. Es bekräftigte damit ein weiteres Mal die Weiterführung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit innerhalb des Schengen-Raums. Es war ein deutliches Zeichen zugunsten von Sicherheit, Reisefreiheit und unseres starken Wirtschaftsstandorts. Mit dem letzten Abstimmungssonntag des Jahres konnte die FDP ihrer Bilanz damit zwei weitere Gewinne hinzufügen. In der gesamten Legislatur konnte die FDP 31 von 33 Abstimmungen für sich entscheiden und war damit die Partei, welche am nächsten beim Volk politisierte.

1.4. Nationale Wahlen 2019 und Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates

1.4.1. Wahlkampfauftakt

Am ersten Februarwochenende trafen sich gut 300 liberale Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer zum mehrtägigen Wahlkampf-Trainingscamp in Aarau. In 70 Schulungen wurden sie von Trainern aus dem In- und Ausland in allen Aspekten des Wahlkampfs geschult – beispielsweise im Tür-zu-Tür Wahlkampf, in der Wahlkampfplanung, der Nationbuilder-Software, in Social Media Strategien, der liberalen Vision oder im Debattieren. Am 1. Februar lancierte die FDP Schweiz direkt anschliessen ihre nationale Wahlkampagne mit der Taufe ihres Heissluftballons auf den Namen «Alfred Escher». Mit seinem Innovationswillen und seinem Drang, das Land weiterzubringen, steht er wie kein anderer für die Werte der FDP: Die Schweiz durch Freiheit in die Zukunft führen. Petra Gössi schwor alle auf das gemeinsame Ziel ein: Wir wollen gewinnen und die SP überholen! Zwei Wochen nach dem Wahlkampfauftakt in der Deutschschweiz trafen sich am 15. Februar 150 französischsprachige Liberale zum mehrtägigen Wahlkampf-Trainingscamp in der Romandie, inklusive Auftakt mit Petra Gössi.

1.4.2. Die Schweiz will

Die Hauptphase des Wahlkampfs wurde mit dem Tag der FDP in Aarau eingeläutet. Diese Hauptphase stand unter den Slogans «die Schweiz will», «die Schweiz will weiter» und «Wollen. Wählen. Möglich machen.». In drei Etappen zeichneten die Slogans den kommunikativen, roten Faden und bildeten so das Dach über die gesamte Kampagne. Hierfür wurde auf eine klar positive, zukunftsgerichtete Kommunikation gesetzt, unterstrichen durch das neue CI/CP und der neuen Bilderwelt. In diesem Sinne wurden alle Forderungen der FDP umformuliert und in sogenannte Kacheln gegossen, um auf den sozialen Medien als Blickfang zu dienen.

Im öffentlichen Raum übernahm eine breit ausgerollte Plakatkampagne diese Aufgabe, welche sich nicht nur auf APG-Plakate beschränkte, sondern auch mit bewegten Bildern auf den Screens an Bahnhöfen und mit Videos in den Bussen sichtbar war. Hier wurden verschiedene Themen aufgegriffen. Die letzte Phase unter dem Slogan «die Schweiz will weiter» wurde wo möglich mit einer Kandelaber-Aktion unterstrichen.

Insbesondere im Digitalen Bereich wurden neue Wege beschritten. So kam das Tool Nationbuilder zum ersten Mal im Wahlkampf zum Einsatz. Zudem entwickelte die FDP eigene Tools: So wurde neben dem Kachelgenerator auch ein FDPush erstellt, welches aktive Freisinnige FDP-Mitglieder und Sympathisanten auf Facebook zu Aktionen animiert hat. Auch ein Wahlauf-ruf-Generator, dank dem jeder und jede ganz einfach sein persönliches Wahlauf-ruf-Video kreieren konnte, wurde zur Verfügung gestellt.

Der operative Wahlkampf stand ganz im Zeichen der Mobilisierung. Unter dem Titel #TeamFDP konnten sich alle motivierten Freisinnigen online bei der FDP melden und wurden entsprechend ihren Fähigkeiten im Wahlkampf eingesetzt. Insgesamt 1800 Freiwillige engagierten sich so mit Leserbriefen, bei Telefonaktionen, dem Aufbau von Veranstaltungen oder an Sportevents für die FDP.

Vor allem aber der Tür-zu-Tür Wahlkampf sollte die Wähler zur Wahl mobilisieren. Der Tür-zu-Tür Wahlkampf ist bezeichnend für die binäre Entwicklung, auf welcher der Wahlkampf der Zukunft stattfinden wird: Die möglichst direkte und persönliche Ansprache der Basis und der Wähler kombiniert mit Big Data. Die Freisinnigen gehen von Tür zu Tür, sprechen mit den Anwohnern, nehmen ihre Anliegen auf und notieren diese in einer App auf ihrem Handy. Dank der gesammelten Daten weiss die FDP in Zukunft, wo potenzielle Wähler wohnen und kann diese erneut, mit zielgerichtetem Inhalt persönlich anschreiben. Damit der Tür-zu-Tür Wahlkampf möglichst breit ausgerollt werden konnte, wurden bereits im Vorwahlkampf Ortsparteien motiviert, Freiwillige rekrutiert und kantonale Verantwortliche geschult. Bis zum Ende der Sommerferien meldeten sich 180 Ortsparteien der ganzen Schweiz und insgesamt über 1100 Freiwillige, um am Projekt teilzunehmen. In insgesamt knapp 7000 Gesprächen wurden sie nach ihren Wahlabsichten befragt oder ab Ende September darum gebeten, an den Wahlen im am 20. Oktober teilzunehmen und die FDP zu wählen.

1.4.3. Schlussmobilisierung

Da etwa zwei Drittel aller Wählenden in der letzten Woche vor den Wahlen ihre Stimme abgeben, wurde ein spezieller Fokus auf die letzten zehn Tage des Wahlkampfs gelegt. Mit speziellen Aktionen wurde versucht, kurz vor den Wahlen die Aufmerksamkeit der Medien zu erregen. Gleichzeitig wurden die FDP-Mitglieder ein letztes Mal mobilisiert und die Wähler noch einmal auf die Wahlen angesprochen. Erfolgreiche Aktionen waren beispielsweise der freisinnige Tag der Digitalisierung, an dem Statuen in verschiedenen Städten mit VR-Brillen ausgestattet wurden, das Verteilen von Spitzbuben an Bahnhöfen in der ganzen Schweiz oder von Croissants frühmorgens vor Diskotheken in der Romandie.

1.4.4. Geschlechterwahl

Bereits in den kantonalen Wahlen während der 50. Legislatur zeichnete sich im Lichte der Frauenbewegung und starken Äusserungen von prominenten Frauen zur Gleichstellung ab, dass die Untervertretung der Frauen in den verschiedenen politischen Gremien zum Thema werden würde.

Die FDP war sich der Sensibilität der Frauenwahl bewusst und versuchte früh, die freisinnigen Frauen für eine Kandidatur zu gewinnen. So wurde viel Wert auf die gleiche Vertretung von Männern und Frauen auf ihren Listen gelegt. Die Bemühungen zahlten sich aus: Die Partei erreichte mit einem Frauenanteil von 41 Prozent auf den FDP-Listen einen neuen Rekord. Entsprechend fiel auch die Wahl aus: Mit neu zwölf Vertreterinnen im nationalen Parlament ist der Anteil der freisinnigen Frauen im National- und Ständerat um zwei Sitze gestiegen. Besonders bemerkenswert ist, dass von diesen zwölf Frauen sechs neu und Johanna Gapany als jüngstes Ständeratsmitglied gewählt wurden. Ein Dämpfer war hingegen die geringe Zahl von jungen Frauen auf den Listen der Jungfreisinnigen. Dies zeigt, dass die FDP auch weiterhin gezielt Frauen für die Politik begeistern und fördern muss.

1.4.5. Resultate: Schlimmeres verhindert

Das Resultat der Wahlen 2019 hat viele überrascht. Die grüne Welle fiel nicht nur viel stärker aus als gedacht (Grüne +6.1 Prozent/+17 Sitze, GLP +3.2 Prozent/+9 Sitze). Vor allem haben alle Bundesratsparteien verloren (SVP -3.8 Prozent/-12 Sitze, SP -2 Prozent/-4 Sitze, FDP -1.3 Prozent/-4 Sitze, CVP -0.2 Prozent/-3 Sitze).

Die BDP verlor 1.7 Prozent, sprich 4 Sitze und verfehlt damit die Fraktionsgrösse. Sie haben sich mit der CVP, CSP und EVP zur Mitte-Fraktion zusammengeschlossen.

Damit ergeben sich auch im Parlament neue Mehrheitsverhältnisse. Während die SVP-Fraktion (SVP, Lega, EDU) mit insgesamt 59 Sitzen ihren Vorsprung einbüsst, bleibt sie stärkste Partei. Die SP-Fraktion bleibt mit 48 Sitzen an zweiter Stelle. Dahinter folgt jedoch neu die M-CEB-Fraktion (CVP, EVP, BDP mit 44 Sitzen vor der FDP mit 41 Sitzen. Neu auf den fünften Platz vorgerückt ist die Grüne-Fraktion mit 35 Sitzen (Grüne, PdA, EàG).

Mit -4 Sitzen im Nationalrat gehörte die FDP zu den Verliererinnen der Wahlen. Sie kommt neu auf 15.1 Prozent. Dem Ziel, die SP zu überholen ist die Partei zwar ein Stück nähergekommen und liegt nun noch 1.7 Prozent hinter den Sozialisten. Das Aufschliessen an die SP schaffte die FDP jedoch in einer unerfreulichen Art und Weise: Die SP fuhr einen höheren Verlust ein (-2.0 Prozent neu auf 16.8 Prozent) als die FDP.

Mit dem Gewinn der grünen Parteien und dem Verlust der Bundesratsparteien hat die Fragmentierung und Polarisierung der Parteienlandschaft weiter zugenommen. Das ist keine gute Nachricht für die Schweiz: Die Mehrheitsfindung wird schwieriger und stärker von der Mitte abhängen. Die Wahlanalyse ergab drei klare Punkte:

1. Dort wo stärker mobilisiert wurde, konnte die FDP profitieren. Dort wo die Mobilisierung schwächer war, konnten die Partei nichts entgegenhalten. In der Summe ist aber festzuhalten, dass es eine unterdurchschnittliche Mobilisierung bei der FDP gab. Positiv ist jedoch, dass mehr Neuwähler als 2015 gewonnen wurden! Hier muss die FDP ansetzen: Die Mobilisierung ist für die Zukunft entscheidend!
2. Zwischen den Parteien gab es relativ wenig Wählerwanderungen. In erster Linie wechselten die Wähler von der SP zu den Grünen, in zweiter von CVP, BDP und der FDP hin zur GLP. In der Summe ist die SP die

grosse Verliererin der Wahl. Für FDP ist klar, dass sie die Führung im liberalen Lager wieder zurückgewinnen muss.

3. Klima und Umwelt waren das dominierende Thema. Das Setzen von eigenen Themen ist praktisch unmöglich geworden. Dabei ging die mediale Debatte rund ums Klima komplett an den Prioritäten der Bevölkerung vorbei. Dieser monothematische Klima-Wahlkampf hat zu einer breiten Demobilisierung der Bevölkerung geführt.

Des Weiteren zeigte sich, dass mit der Stärkung der liberalen Umwelt- und Klimapolitik eine Abwanderung und Demobilisierung der FDP-Wähler zur GLP minimiert werden konnte. Gleichzeitig gab es zum ersten Mal seit Jahren keine Nettoabwanderung zur SVP. Zudem konnten neue Wähler angesprochen werden. Deshalb ist klar: Trotz den Verlusten wurde Schlimmeres verhindert. Hier gilt es anzuknüpfen und den Kurs zu halten - nur dann wird die FDP an Glaubwürdigkeit und Wählergunst gewinnen.

1.4.6. Bundesratswahlen

Beide Bundesratssitze der FDP mussten in der vergangenen Legislatur mit überzeugenden Persönlichkeiten neu besetzt werden. Dies gelang der Partei gut. Mit Ignazio Cassis stellt das Tessin nach über 20 Jahren wieder einen Bundesrat, der sich mit grossem Engagement für die Interessen der Schweiz in der Aussenpolitik einsetzt. Mit Karin Keller-Sutter ist die FDP im Bundesrat mit einer kompetenten Frau vertreten, welche sich im Schnittstellendepartement EJPD behertzt für freiheitliche Bedingungen in Gesellschaft und Wirtschaft einsetzt und die wichtigen Themen innere Sicherheit und Migration prägt.

Bei den Gesamterneuerungswahlen des Bundesrats im Dezember 2019 stellten die Grünen den zweiten Bundesratssitz der FDP in Frage. Die FDP anerkannte zwar das Erstarken der Grünen und der GLP in den Wahlen und zeigte sich entsprechend offen für eine Diskussion bezüglich der zukünftigen Zusammensetzung der Regierung. Die FDP ist aber nicht zu einer rein mathematischen, proportionalen Verteilung bereit, die wichtige Faktoren des Schweizer Staatsaufbaus ignoriert: Im Schweizer Regierungssystem sind jene Parteien vertreten, die auf allen Ebenen und Institutionen Verantwortung übernehmen. Entsprechend betonte die FDP weiter, dass das Mittragen von Lösungen die Vorbedingung ist, um in der Landesregierung Einsitz nehmen zu können. Denn Lösungen in der Schweiz benötigen in beiden Parlamentskammern wie auch auf allen föderalen Ebenen Mehrheiten. Gerade die Kantone müssen Entscheidungen mittragen, denn sie setzten Entscheidungen des nationalen Parlaments sehr oft um. Die FDP hat am drittmeisten Nationalräte. Sie stellt am zweitmeisten Ständeräte. In den Kantonen und auch Gemeinden übernimmt sie Verantwortung und stellen die meisten Regierungsräte und Mitglieder der kantonalen Parlamente.

Dass die FDP mit zwei Bundesräten in die Regierung gehört, zeigten auch die Leistungsausweise von ihrer Regierungsmitgliedern Ignazio Cassis und von Karin Keller-Sutter. Der Aussenminister hat nach Jahren der Ungewissheit endlich ein Rahmenabkommen auf den Tisch gelegt. Er hat zudem die Entwicklungshilfe neu ausgerichtet und die Guten Dienste der Schweiz gestärkt. Die Justizministerin hat bei der Abstimmung über das Waffenrecht ein glanzvolles Resultat erreicht. Sie macht sich für mehr Sicherheit stark, sei es mit dem DNA-Gesetz oder mit präventiven Massnahmen gegen den Terrorismus. Die vehementen Angriffe der politischen Linken sind der Beweis, dass beide für eine wirksame und liberale Politik einstehen – und etwas bewegen.

Am 10. Dezember bestätigte die vereinigte Bundesversammlung die wichtige Rolle der FDP im politischen Gefüge durch die Wiederwahl von Bundesrat Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Mit der Wiederwahl aller Bundesräte wurde ein wichtiges Zeichen zugunsten der Stabilität der Schweiz gesetzt.

1.5. Ausblick

Das Jahr 2020 steht unter dem Motto Aufbruch: Die Partei muss in den kommenden Monaten wieder kämpferischer werden. Dabei kann sie auf das gute ideologische Fundament der letzten Jahre zurückgreifen: Wir kämpfen für die Menschen, die ihr Leben frei und verantwortungsbewusst selbst in die Hand nehmen. Menschen, die die Zukunft und den Fortschritt als Chance sehen, unabhängig von sozialer Herkunft, Bildungsniveau, Geschlecht oder Alter. Wir kämpfen, damit wir gemeinsam weiterkommen! Auf diesem Fundament muss die Partei aufbauen und auf drei Ebenen ansetzen: 1. auf der inhaltlichen Ebene; 2. auf der strukturellen Ebene und

3. auf der kommunikativen Ebene. Auf der inhaltlichen Ebene muss sie die Sorgen der Menschen aufnehmen und zwar in drei Bereichen:

1. Wirtschaftsstandort Schweiz: Hier geht es um die Frage, wie der Wirtschaftsstandort Schweiz gestaltet werden muss, dass alle Menschen eine Arbeitsstelle haben, um ihr Leben selbststimmt führen zu können?
2. Der zweite Kernbereich sind die Sozialwerke und Gesundheitswesen: Denn in beiden Themen stockt die Diskussion. Und in beiden Themen geht es am Schluss um die Frage, vom wem oder wie das bezahlt werden soll.
3. Der letzte Bereich, ist der Bereich Klima und Umwelt: Hier wurden im letzten Jahr Vorschläge präsentiert. Jetzt muss die Partei weiterarbeiten, sonst werden unter dem grünen Vorwand plötzlich rote Rezepte eingeführt.

Neben diesen inhaltlichen Punkten haben die Wahlen klar aufgezeigt, dass sich die Partei strukturell weiterentwickeln muss. Die Umfrage bei den Mitgliedern im letzten Jahr war hierfür nur ein Anfang. Sie hat gezeigt, dass die FDP durchaus gut beraten ist, wenn sie direkt die Meinung unserer Basis in die Entscheidungsfindung in den verschiedenen Organen miteinbeziehen. Aber die Wahlen haben klar aufgezeigt, dass die Partei noch stärker auf Mobilisierung getrimmt werden muss. Weiter muss darüber nachgedacht werden, wie die FDP auf der untersten Stufe, den Ortsparteien, die nächsten Jahre weiterkommen. Hierzu wird in diesem Jahr eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich insbesondere mit den Orts- als auch mit den Kantonalparteien auseinandersetzt und schaut, wie wir diese besser und gezielter fördern können, so dass sie auch in Zukunft ein schlagkräftiger Teil unserer Kampagnen sein können.

Auf der kommunikativen Ebene muss die Partei die Zentralisierungen der Medienhäusern und die damit verbundene Schwächung breiter und vertiefter journalistischen Tätigkeiten kompensieren. Das bedeutet insbesondere, dass die Partei eigene Absatzkanäle ausbauen und fördern muss. Die sozialen Medien spielen hier eine wichtige Rolle. Die Partei muss aber auch offen für neue Modelle und Ideen sein. Der im letzten Jahr eingeführte Door 2 Door Wahlkampf wird entsprechend weitergeführt und noch ausgebaut!

2. **Parteiarbeit: Delegiertenversammlungen / Parteipräsidentenkonferenzen / Volksabstimmungen**

Martin Stucki, Kommunikationschef
Matthias Leitner, Stv. Generalsekretär
Marcel Schuler, Kampagnenleiter

2.1. **Delegiertenversammlungen**

2.1.1. **Delegiertenversammlung vom 12. Januar 2019 in Biel**

Rund 350 Delegierte der FDP.Die Liberalen haben in Biel alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann würdig verabschiedet und ihm mit stehenden Ovationen für seinen enormen Leistungsausweis gedankt. Die Delegierten hiessen auch ihre neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter herzlich willkommen und wünschten ihr viel Erfolg und Freude in der neuen Aufgabe. Neben diesem festlichen Teil fassten die Delegierten die Parolen für drei Vorlagen: Sie lehnen die Zersiedelungsinitiative einstimmig ab, sagen aber deutlich Ja zur AHV-Steuerreform und zur EU-Waffenrichtlinie.

Entscheide der Delegiertenversammlung

- Nein-Parole zur Zersiedelungsinitiative (302 zu 0 bei 2 Enthaltungen)
- Ja-Parole zur AHV-Steuerreform (296 zu 4 bei 7 Enthaltungen)
- Ja-Parole zur EU-Waffenrichtlinie (250 zu 46 bei 5 Enthaltungen)

2.1.2. **Delegiertenversammlung vom 3.Mai 2019 in Flawil**

Rund 280 Delegierte der FDP.Die Liberalen haben sich in Flawil zusammengefunden. Sie haben eine Resolution zur Altersvorsorge verabschiedet, um die Renten der heutigen und künftigen Generationen zu sichern. Dies geht nur, wenn das System anpassungsfähig bleibt – dafür sind Reformen dringend nötig. Die zweite Delegiertenversammlung des Jahres stand auch im Zeichen der Wahlen 2019. In der ersten Phase des Wahlkampfes wird die FDP mit dem Slogan „Die Schweiz will!“ die Willensnation thematisieren. Schliesslich war heute auch eine Gelegenheit für unsere Bundesrätin Karin Keller-Sutter, über ihre ersten 124 Tage im Amt zu sprechen und sich noch einmal für ein Ja zum Waffenrecht am 19. Mai 2019 stark zu machen.

Entscheide der Delegiertenversammlung

- Resolution „Das Vertrauen in unsere Altersvorsorge wiederherstellen“ (einstimmig)

2.1.3. **Delegiertenversammlung vom 22. Juni 2019 in Zürich**

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – diese drei Werte der FDP.Die Liberalen basieren auf dem Prinzip der Verantwortung. Es liegt in unserer Verantwortung, den künftigen Generationen gut erhaltene, natürliche Lebensgrundlagen zu sichern. Die Auswirkungen menschlichen Handelns wie der Klimawandel und die schwindende Artenvielfalt sind dabei eine bedeutende Herausforderung. 78 Prozent unserer Mitglieder fordern mehr Engagement. Mit der Delegiertenversammlung vom 22. Juni 2019 in Zürich fand ein mehrmonatiger, sehr breiter und zutiefst basisdemokratischer Diskurs seinen Abschluss. Das Resultat ist eine starke, freisinnige und ambitionierte Umwelt- und Klimapolitik, gestützt von sämtlichen Gremien unserer Partei. Die Position orientiert sich an den liberalen Grundsätzen Eigenverantwortung, Innovation und Kostenwahrheit und wird unsere Politik für die nächsten Jahre leiten. Die FDP wird auf allen föderalen Ebenen diese Grundsätze in Taten umsetzen.

Entscheide der Delegiertenversammlung

- Positionspapier „Freisinnige Umwelt- und Klimapolitik“ (190 zu 19 bei 1 Enthaltung)

2.1.4. Tag der FDP vom 31. August 2019 in Aarau

Nicht weniger als 1'100 Freisinnige haben an einem schönen Sommertag in Aarau zusammen den Tag der FDP gefeiert und den Start in die heisse Phase des Wahlkampfs eingeläutet. Dabei wurde das Motto der Hauptkampagne enthüllt: „Die Schweiz will weiter. Machen wir es möglich.“. Mit dieser Botschaft machten wir deutlich, dass wir die Chancen der Zukunft packen wollen. Wir unterstrichen in unserem Wahlkampf, dass wir für Fortschritt stehen. Entsprechend setzten wir auf neue, innovative Kampagnenmassnahmen mit Fokus auf das Basisengagement und nutzten die Chancen der Digitalisierung. Unter den zahlreichen Teilnehmenden befanden sich auch unsere beiden Bundesräte Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis.

2.2. Volksabstimmungen

Nur wenig Zeit blieb nach Neujahr für die Kampagne gegen die Zersiedlungsinitiative. In einer überparteilichen Allianz engagierte sich die FDP Schweiz gegen das Einfrieren von Bauzonen, welche der Weiterentwicklung der Schweiz hätte schaden können. Erfreulicherweise sprachen sich die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger klar gegen die fortschrittsfeindliche Zersiedlungsinitiative aus (63.7%). Die FDP setzte vor allem auf eine Online-Testimonialkampagne, zu welcher sich alle Mitglieder melden konnten. Hierzu gab es verschiedene Aufrufe über Orts- und Kantonalparteien, aber auch online über unsere Social Media Kanäle. Diese Testimonials wurden dann auf Social Media ausgespielt. Auch organisierte die FDP eine Leserbriefkampagne, um die Initiative aus grünen und linken Kreisen inhaltlich zu zerpfücken und sowohl on- als auch offline Medien abzudecken.

Die Abstimmung im Mai bot grosse Spannung: mit dem Bundesbeschluss zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) und dem Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (AHV-Steuervorlage) wurde gleich über zwei sehr grosse Projekte abgestimmt, deren Ablehnung eine grosse Auswirkung gehabt hätte. Bei beiden Vorlagen fasste die FDP die Ja-Parole. Entsprechend war das Ziel beider FDP Kampagnen gleich: Sicherstellen eines Ja der FDP-Mitglieder und Ergänzung und Verstärkung der überparteilichen Kampagne, indem möglichst sich viele FDP-ExponentInnen für ein Ja einsetzen. Dazu wurde in einer ersten Phase allen Mitgliedern, unter Einbezug der Orts- und Kantonalparteien, ein Flyer gesendet, um die Argumente zu verbreiten. Weil Meinungsumfragen bei der AHV-Steuervorlage schon bereits sehr früh ein verfestigtes Ja-Resultat innerhalb der FDP-Basis zeigten, setzte die FDP bei der AHV-Vorlage auf eine Mobilisierungsstrategie mittels Plakate im gekauften Raum. Bei der Schengen-Kampagne waren die Meinungen noch nicht so gefestigt und argumentative Grundlagen wichtig. Entsprechend waren mehr personelle Ressourcen zur Informationsverbreitung nötig. So wurden mehr Blogs und Artikel geschrieben und mittels Leserbriefe und Wildplakaten mehr Personen in die Kampagne gebunden. Am Schluss wurde, ganz im Sinne der FDP, die AHV-Steuervorlage mit 66.4% angenommen, die Änderung der Waffenrichtlinie mit 63.7%.

3. Das parlamentarische Jahr 2019

Michael Mandl, Fraktionssekretär

3.1. Frühlingssession - Session de printemps 04. März bis 22. März 2019

3.1.1. Die InstA-Story: Eine Geschichte ad absurdum

Der Wahlkampf ist bereits in der heissen Phase angekommen – und das schon im März 2019! Das hat zumindest die abgelaufene Frühlingssession überdeutlich veranschaulicht. Ganz zum Leiden einer pragmatischen, lösungsorientierten Politik, die offensichtlich immer mehr in den Hintergrund rückt. Am besten illustriert wird dieses Dilemma in der laufenden Diskussion zum institutionellen Abkommen (InstA) zur Weiterentwicklung des bilateralen Weges, oder kurz: Rahmenabkommen. Sicherlich das umstrittenste Geschäft in dieser Session, obwohl es nicht einmal auf der Traktandenliste zu finden war. Grund dafür war die offizielle Konsultation der Bundeshaus-Fraktionen zu diesem heiss diskutierten Geschäft. Und hiermit beginnt eigentlich die Geschichte eines Geschäfts, das ad absurdum geführt wird.

Die Debatte zum Rahmenabkommen hat sich seit Ende 2018 laufend intensiviert, weil der Bundesrat weder ja noch nein zum Abkommen sagen wollte und als einzigen gangbaren Weg die Konsultation zum Vertragstext sah. Erinnerungen an den Entscheid zum Gripen werden wach, als eine ganze Nation von den Stammkneipen bis in die Chefetagen über die Vor- und Nachteile unseres neusten Kampffjets diskutierten, bevor die finale Typenentscheidung gefällt wurde. Was damals schon absurd war, ist es heute genauso. Sowohl Spezialisten wie auch Laien streiten sich seither öffentlich über die Vertragsinhalte zum Streitbeilegungsverfahren oder zur Sicherstellung des Arbeitnehmerschutzes. Hatten wir damals im Nu 8 Millionen Kampffjetspezialisten, sind es heute etwa gleich viele Aussenminister. Dass dies im Endeffekt nicht zielführend sein kann, ist eigentlich selbsterklärend. Eine solch fundamentale Entscheidung muss und soll auch am Ende vom Volk beurteilt werden, jedoch erst, wenn dafür eine konkrete Vorlage vorliegt. Und das ist offensichtlich noch lange nicht der Fall.

Trotzdem debattieren jetzt schon alle Akteure über alle möglichen Horrorszenarien. Wohlgermerkt, wir sind aktuell erst im Stadium der Vorkonsultation – das Abkommen ist noch nicht unterzeichnet und der ordentliche verfassungsmässige Ratifizierungsprozess hat noch nicht begonnen. Die Verantwortung für den nächsten Schritt liegt beim Bundesrat und nicht etwa beim Parlament oder der Bevölkerung. Er muss nun die Entscheidung fällen, ob der ordentliche Prozess weitergeführt wird oder nicht. Ist er positiv, können die von der FDP gewünschten Konkretisierungen in Gesprächen mit der EU eingebracht werden und in einer Unterzeichnung enden. Erst dann erhält das Rahmenabkommen eine Geschäftsnummer, erst dann kann eine ordentliche Vernehmlassung durchgeführt werden, erst dann kann das Geschäft im Parlament behandelt werden und erst dann kann sich das Volk dazu äussern. Nur unter diesen Voraussetzungen könnte die InstA-Story ein Happyend haben. Und genau diese Klärung hat die FDP auch in den konsultativen Gesprächen mit den Bundesräten eingebracht. Gehört wurde diese pragmatische Sicht bisher leider zu wenig. Lieber versucht man sich in der Problembewirtschaftung und der Heraufstilisierung des Untergangs unserer Arbeitnehmerschaft.

3.1.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Wasserfallen). Wie weiter im Szenario «verspätete Inkraftsetzung Totalrevision CO2-Gesetz»?

Text

Mit der Ablehnung der Totalrevision des CO2-Gesetzes im Nationalrat in der Wintersession 2018 wurde in Kauf genommen, dass das neue CO2-Gesetz nicht fristgerecht umgesetzt werden kann. Gemäss der Botschaft zur Totalrevision sollte die Vorlage nämlich Anfang 2021 in Kraft treten. Mit dem faktischen Nicht-Eintreten wird die Behandlungslaufzeit deutlich verlängert und ein rechtzeitiges Inkrafttreten ist in Anbetracht einer möglichen Volksabstimmung kaum mehr realistisch. Die Konsequenzen dieses verspäteten Inkrafttretens wie auch die notwendigen Schritte in einer Übergangsperiode sind im Bericht «Mehrwert Vorschlag Bundesrat zur Totalrevision des CO2-Gesetzes nach 2020» nicht beschrieben. Aus dem Bericht wird aber klar, was im Szenario «keine Totalrevision» geschieht. Diverse wirksame Instrumente der Klimapolitik der Schweiz würden entfallen oder nur noch eingeschränkt weiterexistieren, so z.B. die Kompensationspflicht für fossile Treibstoffe oder die

Zielvereinbarungssysteme der Wirtschaft. Ebenfalls entfallen würden alle Branchen-Zielwerte sowie auch das nationale Reduktionsziel. Gerade die Zielvereinbarungssysteme sind im Zusammenspiel mit der CO₂-Abgabe eines der erfolgreichsten Instrumente zur Reduktion der CO₂-Emissionen. Der Beweis dafür ist das bereits frühzeitige Erreichen ihrer ambitionierten Zielwerte bis 2020. Um Planungs- und Rechtssicherheit im Falle einer verspäteten Inkraftsetzung zu erhalten, fordert die FDP den Bundesrat auf, folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat der Bundesrat ein Szenario «verspätete Inkraftsetzung Totalrevision CO₂-Gesetz» erstellt?
2. Wie will der Bundesrat sicherstellen, dass auch bei einem zu späten Inkrafttreten des neuen CO₂-Gesetzes die Instrumente zur CO₂-Reduktion ohne Unterbruch weiterlaufen?
3. Wie will der Bundesrat Planungs- und Rechtssicherheit für die Unternehmen im non-EHS-Bereich schaffen, die ihre Verminderungsverpflichtungen für die nächste Reduktionsperiode 2021-2030 eingeben müssen?
4. Wie sollen die Branchen Verkehr, Gebäude oder Industrie ihre Umsetzung planen, wenn die Zielwerte für die Periode 2021-2030 noch nicht bzw. zu spät festgelegt wurden?
5. Im Szenario «keine Totalrevision» wird klar, dass die Treibhausgasemissionen bis 2030 nur um 23% gesenkt werden könnten. Welche Konsequenzen hätte das Szenario «verspätete Inkraftsetzung» auf die Erreichung des Gesamtzieles von -50% bis 2030?

3.2. Sondersession NR – Session spéciale du Conseil national 07. Mai bis 09 Mai 2019

3.2.1. Der Wolf im Schafspelz

Die Sondersession, die bekanntlich gar nicht so wirklich besonders ist, wurde im Vergleich zum Vorjahr wieder einberufen, um die vielen hängigen Geschäfte im Nationalrat abzuarbeiten. Geprägt wurde die Sondersession durch die emotionale Debatte zum Jagdgesetz und die fast schon religiöse Frage des artgerechten Schutzes des Wolfs oder dem richtigen Umgang mit dem geschützten Gänsesäger. Der eigentliche Wolf im Schafspelz dieser Sondersession war jedoch die Beratung des Versicherungsvertragsgesetzes. Zu dieser sperrigen Gesetzesvorlage und den technischen Bestimmungen entbrannte eine explosive Debatte über den sachgerechten Schutz der Versicherten. Ob Verträge nun einseitig abgeschlossen äh abgeändert werden dürfen, wurde dank einem Einzelantrag der FDP kurz vor der Beratung im Nationalrat noch geklärt. Die von den Medien fälschlicherweise als weitere Kehrtwende der FDP deklarierte Positionierung ist eigentlich ein Paradebeispiel für das Funktionieren unserer direkten Demokratie und des Milizsystems. Zum guten Glück sind unsere Jäger im Vergleich zur Analyse von gewissen Medienvertretern einiges treffsicherer. «Gut Schuss» allerseits!

3.3. Sommersession – Session d'été 03. Juni bis 21. Juni 2019

3.3.1. Europapolitik – Wo ist der Ausweg aus dem Irrgarten?

In der Europapolitik herrscht seit geraumer Zeit ziemlich viel Verwirrung und manchmal bekommt man den Eindruck, ein Grossteil der Schweizer Politlandschaft befinde sich in einem Irrgarten und suche verzweifelt nach dem Ausweg. Auch während der abgelaufenen Sommersession überhäuften sich die Ereignisse in Sachen Europapolitik. Einen ersten Versuch wagte der Bundesrat an seiner Sitzung vom 7. Juni 2019, als er die Weiterentwicklung des bilateralen Weges mittels eines Rahmenabkommens grundsätzlich guthiess. Dabei verlangte er aber Klärungen in den Bereichen Unionsbürgerrichtlinie, Lohnschutz und staatliche Beihilfen. Aus Sicht der FDP ein richtiger Schritt, um dem Labyrinth zu entkommen, da sich der Bundesrat unter Leitung der FDP-Vertreter unserer Position annäherte.

In der zweiten Sessionswoche war der Ständerat am Zug zur Erneuerung des Erweiterungsbeitrages an ausgewählte EU-Staaten (kurz: Kohäsionsmilliarde). Da weiterhin eine Differenz zum Nationalrat besteht, konnte das Geschäft, das bereits seit der Wintersession 2018 in der parlamentarischen Beratung steckt, noch nicht verabschiedet werden. Die Räte sind sich nämlich uneinig betreffend der Verteilung der Gelder. Damit ist klar,

dass der definitive Beschluss zur Kohäsionsmilliarde erst im September fallen wird. Ob das zur Normalisierung der Beziehung zur EU beiträgt oder nicht, sei einmal dahingestellt. Es wird aber klar, dass wir uns hier im Kreis drehen, um in der Bildsprache zu bleiben. Ebenfalls keine Hilfe zur Suche eines Ausweges leistete die EU mit dem Nicht-Entscheid zur Verlängerung der Börsenäquivalenz. Stattdessen lässt sie uns ohne klaren Plan verharren. Und das obwohl die ersten Reaktionen auf den Bundesratsentscheid von Anfang Juni zunächst noch positiv ausfielen. Der Orientierungssinn ist langsam wirklich verloren gegangen.

Und um die ganze Verwirrung noch weiter zu führen, akzeptierten die eidgenössischen Räte Motionen aus der WAK-N und der WAK-S, die Nachverhandlungen zum Rahmenabkommen verlangen. Die FDP lehnt die Motionen ab, weil sie nicht zur Klärung der aktuell vertrackten europapolitischen Situation beitragen. Im Gegenteil, mit Forderungen aus der Phantasiewelt u.a. von der CVP soll in Zukunft auch während laufenden Verhandlungen die Stimmbevölkerung eingebunden werden. Bei solchen abstrusen Forderungen fragt man sich, ob die Orientierungslosigkeit im Irrgarten noch das harmlosere Hindernis auf dem Weg zur Weiterentwicklung des bilateralen Weges ist. Ein Ausweg ist auf jeden Fall während dieser Session nicht gefunden worden. Und ob sich dies im derzeitigen destruktiven Umfeld von Abschottern und Besitzstandbewahrern bald ändern wird, muss zumindest zum aktuellen Zeitpunkt bezweifelt werden. Die Suche geht weiter...

3.3.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Fiala). Tallinn Deklaration zu eGovernment: Wo steht die Schweiz heute und was ist zu tun?

Text

Die Schweiz schneidet mit Bezug auf eGovernment im internationalen Vergleich schlecht ab (siehe etwa E-Government-Benchmark-Bereich der EU 2018). Umso erfreulicher ist, dass Herr Bundesrat Ueli Maurer 2017 die Tallinn Declaration on eGovernment, zusammen mit den Regierungen der EU und der EFTA, unterzeichnet hat. Die Prinzipien von Tallinn lauten wie folgt: 1. Digital-by-Default, 2. Once only, 3. Vertrauenswürdigkeit und Sicherheit, 4. Offenheit und Transparenz, 5. Interoperability-by-Default; sie sollen bis 2022 Realität werden. Eine konsequente Umsetzung dieser Prinzipien erneuert das schweizerische Staatswesen fundamental und bietet Bevölkerung und Wirtschaft eine zukunftsfähige, digitale, öffentliche Infrastruktur.

Fragen

- › Für die Umsetzung sieht die Deklaration eine Frist bis 2022 vor. Welche Massnahmen sind auf Bundesebene noch erforderlich, um dieses Ziel zu erreichen, insbesondere: Welche gesetzlichen Grundlagen müssen noch geschaffen beziehungsweise welche Gesetze müssen harmonisiert werden? Welche zusätzlichen technischen und organisatorischen Massnahmen sind erforderlich? Welche finanziellen Mittel sind dafür bereitzustellen?
- › Falls eine vollständige Umsetzung bis 2022 nicht möglich sein sollte: Welche zusätzliche Frist ist dafür einzuplanen? Welche zusätzlichen Mittel sind erforderlich?
- › Im schweizerischen Staatswesen üben Kantone, Gemeinde, Zweckverbände, Staatsbetriebe etc. eine wichtige Rolle aus. Welche Massnahmen kann der Bund ergreifen, damit die Prinzipien der Tallinn-Deklaration auch in diesen Körperschaften und Organisationen gelebt werden, ohne ihre Hoheit zu tangieren? Wie sind allfällige Konflikte zu lösen?
- › Die Prinzipien der Tallinn-Deklaration erfordern teilweise eine grundsätzliche Neuinterpretation von Grundsätzen unserer Verfassung. Zu nennen wäre beispielsweise der Föderalismus und die Subsidiarität, die Organisation der Verwaltung in Departementen, der Schutz der Privatsphäre oder das Milizsystem. Zudem ist deren Umsetzung ist nur möglich, wenn sie von einem umfassenden Kulturwandel begleitet wird, der vom Gesamtbundesrat geführt wird. Ist der Bundesrat bereit, zu diesen Themen einen Bericht zu verfassen? Falls ja, bis wann? Falls nein, warum nicht?

3.4. Herbstsession – Session d'automne 09. September bis 27. September 2019

3.4.1. 50. Legislatur: Ein Hoch auf die Stabilität

Mit dem Ende der Herbstsession 2019 geht gleichzeitig auch die letzte Session der 50. Legislatur zu Ende. Eine Legislatur die von diversen Medien und vor allem vom Märchenonkel Christian Levrat als verlorene Legislatur bezeichnet wurde. Wie bereits im [Blog](#) unseres Fraktionspräsidenten NR Beat Walti zu lesen war, gibt es dazu von Seiten der FDP nur ein müdes Lächeln. Es ist ja allgemein bekannt, dass es die Sozialisten mit den Zahlen nicht so genau nehmen. Aber es lohnt sich ein Blick auf die Statistik. Der Vergleich der letzten drei Legislaturen zeigt nämlich, dass es keine merklichen Veränderungen bei den verabschiedeten Bundesbeschlüssen gibt und auch die vom Parlament versenkten Geschäfte stabil geblieben sind. Ein Blick auf die parlamentarischen Vorstösse zeigt zudem, dass bis zum jetzigen Zeitpunkt im beiden Räten zusammen 5'446 Vorstösse eingereicht wurden (Motionen, Postulate, Pa.lv. und Interpellationen). Der Vergleich zu früheren Legislaturen – 5'537 (49. Legislatur), 5'251 (48. Legislatur) – beweist, es gibt auch hier keine merklichen Veränderungen.

Rechnen wir das mal auf die Anzahl Sitzungstage der letzten vier Jahre herunter, sind das doch stolze 25 Vorstösse pro Sitzungstag. Und da sind die ganzen Fragen und Anfragen noch gar nicht mal miteingerechnet (nochmals rund 3000 Interventionen)! Schön wäre es ja, wenn sich alle Autoren dieser zahlreichen Vorstösse an der Qualität der FDP orientieren würden. Dass dies nicht der Fall ist, beweist ein kurzer Blick auf die abstrusen Vorstösse der ablaufenden Legislatur wie etwa die Förderung von Schalldämpfer für Waffen zur Reduktion der Lärmbelastung oder die Einführung einer steuerlichen Abzugsfähigkeit von Ferien in der Schweiz. Der Ausflug in die Statistik zeigt uns aber vor allem auch, dass das Schweizer Polit-System funktioniert! Völlig unabhängig von irgendwelchen theoretischen Mehrheiten ist und bleibt es äusserst stabil. Anstatt also immer die gleiche Weltuntergangsstimmung zu verbreiten, sollten wir uns regelmässig daran erinnern, dass die Konsensdemokratie weiterhin das stabilste und beste politische System der Welt ist.

Speziell für die FDP war die 50. Legislatur neben den parlamentarischen Erfolgen auch dank der personell verstärkten Fraktion und zwei überzeugenden Bundesratsersatzwahlen ein Erfolg. Die FDP als liberaler Pol geht gestärkt aus dieser Legislatur hervor und hat bewiesen, dass eine pragmatische und lösungsorientierte Politik weiterhin am erfolgreichsten ist. Nicht umsonst haben wir in dieser Legislatur gesamthaft betrachtet die meisten Gesamtabstimmung im Parlament und Volksabstimmungen gewonnen. Leider müssen wir mit dem Ende dieser Herbstsession auch von insgesamt neun Fraktionsmitgliedern Abschied nehmen. An sie alle geht ein ganz grosses Dankeschön für die erfolgreiche, kollegiale Zusammenarbeit und den Einsatz für die Schweiz und natürlich für die FDP.

3.4.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Wasserfallen). Vorwärtsstrategie: Forschungsabkommen mit dem Vereinigten Königreich

Text

Das bilaterale Verhältnis zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich fusst heute im Wesentlichen auf den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU. Als Folge des Austritts Grossbritanniens aus der EU wird das rechtliche Fundament des schweizerisch-britischen bilateralen Verhältnisses teilweise wegbrechen. Der Bundesrat verfolgt mit der vorausschauenden „Mind the Gap“-Strategie die langfristige Absicherung der unter den bilateralen Verträgen erworbenen Rechte und Pflichten. Die besagte Strategie fokussiert bislang stark auf die Wirtschaftsbeteiligten. Die Forschungszusammenarbeit steht hingegen nicht im Fokus der ansonsten sehr begrüenswerten Strategie. Gerade im Forschungsbereich könnten sich – auch vor dem Hintergrund einer drohenden nicht-Assoziation der Schweiz an Horizon Europe – für beide Seiten grosse Chancen ergeben. Aus diesem Grund bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- › Welche Gefahren erkennt der Bundesrat im Brexit für die Forschungszusammenarbeit mit UK?
- › Ist der Bundesrat bereit, für den Fall, dass UK und/oder die Schweiz zukünftig nicht mehr mit dem EU-Forschungsrahmenprogramm assoziiert wären, ein bilaterales Forschungsabkommen mit UK ins Auge zu fassen?
- › Hat der Bundesrat auf der UK-Seite bereits die Möglichkeit für gemeinsame Forschungsprogramme sondiert?
- › Welche Anstrengungen unternimmt der Bundesrat, um die Forschungszusammenarbeit mit starken Forschungsnationen ausserhalb der EU (z.B. Südkorea, Japan, Singapur, USA) zu intensivieren?

Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Vitali). Klare Verantwortlichkeiten für bundesnahe Betriebe

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen dahingehend zu ergänzen, dass bei der Führung bundesnaher Betriebe folgende Aspekte klar und einheitlich definiert werden: Vorgehen für die Wahl der Verwaltungsräte, genaue Zuständigkeiten bei der Formulierung der strategischen Unternehmensziele und bei der Eignerstrategie und Umgang mit Interessenskonflikten. Mit der Anpassung der gesetzlichen Grundlagen sollen die „Good Governance“ Empfehlungen der OECD 2015 weitgehend erfüllt werden.

Begründung

Die Schlussfolgerungen des vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Expertenberichts zur Corporate Governance sind unbefriedigend. Viele Punkte, welche mit einer optimalen Steuerung bundesnaher Betriebe einhergehen würden, werden nicht erfüllt oder wurden nicht adressiert. Der Bericht endet zwar mit 14 Empfehlungen zur Verbesserung der Führung der staatsnahen Betriebe, der Bundesrat hat den Bericht aber als insgesamt positiv zur Kenntnis genommen und nur fünf Massnahmen beschlossen.

Die Interessenskonflikte des Bundes durch seine unterschiedlichen Rollen bei bundesnahen Unternehmen – als Besitzer, Regulator und Auftraggeber – sowie die daraus resultierenden Zielkonflikte und Marktverzerrungen werden mit diesen fünf Massnahmen bei weitem nicht behoben. Sie müssen aber zwingend geklärt werden. Diese Motion fordert daher eine umfassende Klärung der Prozesse und Verantwortlichkeiten.

Der Expertenbericht kommt verschiedentlich zum Schluss, dass Rollen, Aufgaben und Informationsaustausch nicht verbindlich umschrieben werden. Dies führt zu Unsicherheiten, verstärkt die Informationsasymmetrie und schwächt die Verantwortlichkeiten. Dies ist weder im Interesse des Bundes, der bundesnahen Betriebe noch der Bürger. Durch die Wahrnehmung der Eignerrolle hat der Bund eine beträchtliche finanzielle Einbindung in bundesnahe Betriebe und eine treuhänderische Verantwortung gegenüber seinen Bürgern. Es ist daher im Interesse des Bundes und der Bürger als Eigentümer, dass die Verantwortlichkeiten transparent geregelt sind und die Steuerung dieser Betriebe optimal und nachhaltig verläuft.

Ip. Groupe Libéral-Radical (Orateur CN Borloz). Single European Sky : à quand un trafic aérien plus écologique et plus performant ?

Texte

Le ciel européen est aujourd'hui encore fragmenté. Les Etats conservent une part importante des compétences en matière de trafic aérien au-dessus de leur territoire. Ce manque d'uniformité a des conséquences néfastes à plusieurs niveaux. Le niveau de sécurité d'un ciel non uniformisé à l'échelle continentale est insuffisant. L'absence d'une harmonisation des routes aériennes génère en outre des émissions de gaz à effet de serre qui pourraient et devraient être évitées.

Lancé en 2004 à l'instigation des Etats européens et de la Commission européenne, le projet Single European Sky a pour objectif d'offrir un espace aérien européen plus sûr, plus respectueux de l'environnement et plus performant. Un tel projet est bien évidemment à saluer. Toutefois, une quinzaine d'années après son lancement, force est de constater que sa mise en œuvre est en panne de vitesse.

Le Conseil fédéral est donc prié de répondre aux questions suivantes :

1. Quel pourcentage des émissions de CO₂ du trafic aérien continental pourrait être évité, si le ciel européen était parfaitement harmonisé ?
2. Quel est l'état d'avancement de la mise en œuvre du projet d'uniformisation Single European Sky et quelles sont les prochaines étapes prévues ?
3. Single European Sky connaît du retard depuis son lancement. Quelles en sont les raisons ?
4. Qu'entreprend le Conseil fédéral pour assurer l'avancement de ce projet ?
5. La commission européenne a rendu public en avril 2019 un rapport dans lequel sont émises plusieurs recommandations législatives en lien avec ce projet. Quelles en seront les conséquences pour la Suisse ?

Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Wasserfallen). Genomeditierung zugunsten der Umwelt ermöglichen

Text

Der Bundesrat wird aufgefordert, die gesetzliche Grundlage zu schaffen, die den Anbau von genomeditierten Pflanzen, denen kein artfremdes Erbgut eingefügt wurde, regelt und klarstellt, dass diese nicht in den Anwendungsbereich des Gentechnikgesetzes (GTG) und damit insbesondere nicht unter das Gentechnikverbot fallen. Damit soll der Genomeditierung der Weg geebnet werden, um ihr Potential als Alternative zum Einsatz von umweltbelastenden Pflanzenschutzmitteln in der Lebensmittelproduktion zu entfalten.

Begründung

Seit der letzten Verlängerung des Moratoriums für den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen bis Ende 2021 hat die Wissenschaft erneut bahnbrechende Fortschritte gemacht. So wurde u.a. die Technik der Genomeditierung weiterentwickelt, welche sich fundamental von den herkömmlichen gentechnischen Verfahren unterscheidet. Sie eröffnet die Möglichkeit zur Veränderung des bestehenden Erbguts eines Organismus, wie dies auch natürlich aufgrund einer zufälligen Mutation geschehen könnte. Das Resultat lässt sich denn auch nicht von mittels herkömmlicher Züchtungsverfahren veränderter Organismen unterscheiden und ist genauso sicher. Pflanzen, die mit weit weniger präzisen konventionellen Methoden der Genveränderung hergestellt wurden, unterstehen nicht dem Gentechnikgesetz. Wissenschaftliche Gründe, warum identische genetische Veränderungen abhängig von der Methode der Erzeugung völlig unterschiedlich reguliert werden sollen, sind nicht ersichtlich. Zudem würde die klare Regelung der Genomeditierung auch der Förderung von Innovation und Forschung in diesem Bereich helfen, weil weiterhin ein enormes, weltweites Potenzial z.B. zugunsten der Ernährungssicherheit besteht. Die Schweiz könnte als Innovationsstandort eine führende Rolle übernehmen und einen wichtigen Beitrag leisten. Speziell im Hinblick auf den Umweltschutz und dem Ziel der Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmittel liegen enorme Chancen in dieser neuen Technik. Mit der Genomeditierung kann mit weniger belastenden Methoden und Produkten zu einem effektiveren Umweltschutz und einem effizienteren Anbau von Nahrungsmittel beigetragen werden. Aus diesen Gründen soll der Bundesrat genomeditierte Pflanzen vom Anwendungsbereich des GTG ausnehmen und eine gesetzliche Grundlage schaffen, welche die Koexistenz von genomeditierten und mittels herkömmlicher Methoden veränderten Pflanzen regelt.

Po. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Burkart). Auslegeordnung zum Potenzial von Fernwärme- und Fernkälteanlagen

Text

Im Hinblick auf die Erreichung der Ziele der Energiestrategie 2050 und der angekündigten Netto-Null-Emissionen bis 2050 wird der Bundesrat aufgefordert, in einem Bericht das Potenzial von Fernwärme- und Fernkälteanlagen aus erneuerbaren Energien zur Reduktion von CO₂-Emissionen und zur Sicherung der Energieversorgung aufzuzeigen. Dabei soll er auch darlegen, wie dieses Potenzial in der Schweiz besser ausgeschöpft werden kann, welche Rolle dabei den Kantonen und Gemeinden, insbesondere den städtischen Energieversorgern, zukommt und was die aktuellen Hindernisse sind. Teil dieser Auslegeordnung sollen Vergleiche mit dem Ausland, die Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden, die überregionale räumliche Koordination bei der Planung und Umsetzung von Energieinfrastrukturanlagen sowie weitere Interessenskonflikte wie auch die regulatorischen Rahmenbedingungen sein.

Begründung

Fernwärmeanlagen ermöglichen über die Nutzung von Abwärme und erneuerbarer Energien das Bereitstellen von Wärme und von Kälte für Haushalte und Industrie mit deutlich weniger CO₂-Emissionen. Fernwärme- und Fernkälteinfrastrukturen sind darum ein wichtiges Element zur Erreichung der ambitionierten Ziele der Energiestrategie 2050 und des neu angekündigten Zieles für Netto-Null-Emissionen bis 2050. Jedoch ist weiterhin unklar, wie gross das Potenzial dieser Technologie wirklich ist. Das liegt unter anderem daran, dass weiterhin eine umfassende Statistik zum Verbrauch, den CO₂-Emissionen oder den eingesetzten Energieträgern in der Fernwärmeindustrie fehlt. Der Bundesrat wird darum aufgefordert, eine umfassende Untersuchung der Ausgangslage in Zusammenarbeit mit den betroffenen Akteuren durchzuführen. Teil dieser Untersuchung müssen die regulatorischen Hindernisse wie auch die Herausforderungen bei der Aufgabenteilung zwischen dem

Bund, den Kantonen und Gemeinden sein. Schliesslich liegt es auch am Bundesrat aufzuzeigen, welche Handlungsoptionen daraus resultieren und wo es primär Verbesserungen am heutigen System benötigt, um das bestehende Potenzial besser auszuschöpfen.

Po. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Jauslin). Zukunftsfähige Mobilität ermöglichen

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie im Hinblick auf das langfristige Ziel der Dekarbonisierung des Strassenverkehrs Pilotregionen etabliert werden können, um zukunftsfähige Mobilitätslösungen zu testen. Der Bundesrat soll aufzeigen wie entsprechende öffentliche und privatfinanzierte Projekte (PPP) unter Einbezug von Hochschulen und der Industrie gefördert werden können. Zudem soll er darlegen, wie die notwendige Infrastruktur (z.B. Ladestationen, Produktion und Verteilung alternativer Treibstoffe) für diese zukunftsfähige Mobilitätsprojekte finanziert werden kann. Dabei soll er auf die Möglichkeit der Verwendung des Treibstoffkompensationsprogramms eingehen.

Begründung

Der Verkehr ist heute mit ca. 32% der Hauptverursacher der Schweizer CO₂-Emissionen. Das Ziel des Bundesrates, bis 2050 Emissionen auf Netto-Null zu begrenzen, bedingt, dass die zukünftige Mobilität dekarbonisiert wird. Dementsprechend muss unser Verkehrsverhalten angepasst werden. Die notwendigen Technologien, welche dieses Vorhaben ermöglichen, existieren bereits. Was fehlt sind konkrete Erfahrungen hinsichtlich der grossflächigen Umsetzung von autonomem und CO₂-freiem Verkehr. Diese Erfahrungen sind nötig, weil sie die schweizweite Adoption erleichtern und die Basis für neue, innovative Verkehrslösungen legen. Der Bundesrat soll darum die Voraussetzungen schaffen damit in öffentlich- und privatfinanzierten Projekten und unter Einbezug der Hochschulen und Industrie passende Mobilitätskonzepte realisiert und simuliert werden können.

3.5. Wintersession – Session d'hiver 02. Dezember bis 20. Dezember 2019

3.5.1. Langweilig, aber gut!

Bekanntlich ist ein Ende immer auch der Anfang von etwas Neuem. Mit dem Ende der 50. Legislatur ging eine intensive und durchaus umstrittene Zeit zu Ende. Die FDP-Liberale Fraktion musste von vielen bekannten Gesichtern Abschied nehmen. Sei dies freiwillig aufgrund von Rücktritten oder unfreiwillig aufgrund von Abwahlen, so oder so war das schmerzhaft. Es lässt aber auch Raum für neue Gesichter (8 im National- und 2 im Ständerat) und neue Ideen. Diese positive Energie war während der ganzen Wintersession 2019 zu spüren und ist ein gutes Indiz für die kommenden vier anspruchsvollen Jahre, bei der die Schweiz vor sehr grossen Herausforderungen z.B. bei der Altersvorsorge, Europapolitik oder beim Klimaschutz steht.

Jedoch ändert sich in Bundesbern bei weitem nicht alles mit dem Anfang der 51. Legislatur. Wie üblich in der Wintersession, und noch viel ausgeprägter bei einem Legislaturwechsel, stehen die vielen Wahlen und dazugehörigen Feiern im Zentrum. Auch für die FDP gab es erneut einiges zu bejubeln. Im Unterschied zum vorherigen Jahr konnten wir zwar keine neue Bundesrätin feiern, dafür aber die Wiederwahl unserer beiden bestehenden Vertreter im Bundesrat. Hätte die vereinte Schweizer Medienlandschaft nicht täglich über eine nicht vorhandene Dramatik berichtet, wäre diese Gesamterneuerungswahl des Bundesrates wahrscheinlich als eine weitere normale Wahl des Gesamtbundesrates in die Geschichte eingegangen. Ganz im Sinne von: Langweilig, aber gut! Denn nach den durchaus signifikanten Verschiebungen in der Parteienlandschaft nach den nationalen Wahlen am 20. Oktober zeigte sich das Politsystem nämlich weiterhin als Hort der Stabilität. Mit Freude konnte die FDP-Liberale Fraktion zur Kenntnis nehmen, dass die grosse Mehrheit des Parlamentes keine Experimente unterstützt und aus dem Bundesrat nicht eine Wahlkampfmaschine machen will. BR Ignazio Cassis und BR Karin Keller-Sutter wurden entsprechend sicher wiedergewählt, was am traditionellen Fraktionssessen zu einer entsprechend ausgelassenen Stimmung führte.

Ebenfalls Grund zur Freude war die rekordhohe Wahl von NR Isabelle Moret als Nationalratspräsidentin. Damit besetzt die FDP erneut mit einer Frau das höchste Amt der Schweizer Politik. In den letzten 20 Jahren waren damit von den Nationalratspräsidenten der FDP stolze zwei Drittel Frauen. Das wurde entsprechend ausgiebig im Kanton Waadt mit Saucisson und Weisswein gefeiert. Dank den vielen Feiern ist zumindest sichergestellt, dass man den Körper für die kommenden Festlichkeiten schon vortrainiert hat. Dass in der Wintersession nicht nur gefeiert wurde, beweist der folgende Sessionsbericht. Leicht verdaulich ist diese Kost jedoch ebenfalls nicht. Trotzdem wünsche ich viel Spass bei der Lektüre!

3.5.2. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Sauter). Modernisierung der individuellen Vorsorge – Einzahlung in die 3. Säule des nichterwerbstätigen Partners

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, das Bundesrecht so anzupassen, dass es möglich wird, in die Säule 3a des nichterwerbstätigen Ehe- oder eingetragenen Partners einzuzahlen.

Begründung

Die AHV Reform (AHV21) wird Anfang nächsten Jahrs im Parlament behandelt. Ein Reformentwurf zur beruflichen Vorsorge wird Anfang 2020 in die Vernehmlassung geschickt. Beide Reformen sind notwendig. Jedoch darf man die 3. Säule unserer Altersvorsorge nicht vergessen: Die individuelle Vorsorge. Diese muss durch eine Modernisierung gestärkt werden. Dafür sollte die Einzahlung in die 3. Säule des nichterwerbstätigen Ehe- oder eingetragenen Partners möglich werden. Dadurch können Lücken, die in Folge eines provisorischen Rückzugs aus dem Arbeitsmarkt (bspw. für die Geburt eines Kindes) entstehen, ausgeglichen werden. Die eingezahlten Beträge sollten selbstverständlich auch steuerbefreit sein.

4. Nahestehende Organisationen

4.1. FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Doris Fiala, Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Die FDP.Die Liberalen Frauen dürfen auf ein spannendes und erfolgreiches Jahr 2019 zurückblicken. Auf nachfolgende Themen schauen wir besonders gerne zurück.

4.1.1. 21 Veranstaltungen im Jahr 2019

Mit 21 öffentlichen Veranstaltungen, einer Dachkampagne und eigenen Frauen Plakaten, waren die liberalen Frauen im Wahlkampf nicht zu übersehen. Begonnen hat das Jahr 2019 mit einem gelungenen Neujahrsapéro in Pontresina, welcher im Freisinn mit «Mit Frauenpower ins neue Jahr» betitelt wurde. Mit genau diesen starken weiblichen Kräften ging das Wahljahr weiter. Am 3. Juli 2019 lancierten die FDP.Die Liberalen Frauen nicht nur ihre nationale Dachkampagne, sondern stellte auch ihr anspruchsvolles Eventprogramm für die heisse Wahlkampfphase den Medien vor. Emotional und auch in der Sache mit der Mutterpartei der FDP.Die Liberalen Schweiz verbunden, greift sie unter anderem Anliegen rund um die «grüne DNA» auf und die Thematik der Sicherheit für Frauen in ihrer vielfältigen Bedeutung, ohne dabei die Debatte rund um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu vernachlässigen.

Des Weiteren fanden eine erfolgreiche Eventserie zu Women in Blockchain und eine Veranstaltung zur Begrenzungsinitiative in Zusammenarbeit mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter statt. Hervorzuheben sind zudem der Besuch bei SWISSINT in Stans zum Thema Friedensförderung, der zweitägige Ausflug nach Pontresina, wo sich die FDP Frauen mit dem Thema Gletscherschwund beschäftigt haben und die Reise nach Mailand zum Thema nachhaltig Bauen. Auch parteiübergreifend hat es die FDP.Die Liberalen Frauen geschafft, verschiedene Themen zu bespielen und den Diskurs über die Parteigrenzen hinaus zu fördern. Es ist insgesamt gelungen, Wahlkampf-Slogans mit konkreten Inhalten zu füllen.

Für das Jahr 2020 plant die FDP.Die Liberalen Frauen weiterhin am Ball zu bleiben, denn nach der Wahl ist vor der Wahl.

4.1.2. Eidgenössische Wahlen 2019

Mit einem Frauenanteil von 41% auf den Hauptlisten war die Anzahl kandidierender Frauen bei der FDP.Die Liberalen Schweiz so hoch wie noch nie zuvor. Dies widerspiegelt sich nun in der Anzahl der gewählten Volksvertreterinnen, welche neu bei 11 von insgesamt 29 FDP-Nationalratsmitgliedern liegt. Somit verzeichnet der Frauenanteil einen rekordhohen Zuwachs von 21.2% auf 37.9%, was fünf neuen weiblichen Vertreterinnen im Nationalrat entspricht. Hinzu kommt der Ständeratssitz von Johanna Gapany, welcher den erfolgreichen Wahlherbst der FDP.Die Liberalen Frauen abrundet. Mit ihrem äusserst engagierten, kompetenten und kämpferischen Wahlkampf schaffte Johanna die Sensation und setzte sich gegen den amtierenden Ständerat Beat Vonlanthen (CVP) durch. Diese Bilanz freut die FDP Frauen zwar sehr, doch es besteht immer noch grosses Potential, den Frauenanteil in der Politik weiter zu erhöhen, mit dem Ziel, eine ausgeglichene Geschlechtervertretung im Parlament zu erreichen – dafür werden sie sich auch in Zukunft mit grossem Engagement einsetzen.

Ein weiteres Highlight im Jahr 2019 war die Wahl der Nationalratspräsidentin Isabelle Moret. Die 48-jährige Waadtländerin, welche seit 13 Jahren im Nationalrat tätig ist, wurde mit einem Rekordresultat von 193 von 198 gültigen Stimmen gewählt.

4.1.3. Generalversammlung der FDP. Die Liberalen Frauen

Erstmals seit über 40 Jahren hielten die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz ihre Parteipräsidentinnenkonferenz und ihre Generalversammlung im Kanton Tessin ab. Nach ihrer ersten Generalversammlung im vergangenen Jahr in Lausanne hält die Präsidentin, Doris Fiala, somit ihr Versprechen ein, die anderen Sprachregionen aktiver

einzubinden. Der professionell organisierte und sehr warme Empfang in Bellinzona dokumentierte die Freude der Tessiner FDP Frauen, dass die Freundschaft der freisinnigen Frauen über Sprachgrenzen hinweg gepflegt wird. Die Generalversammlung des Dachverbandes wurde von Frauenpräsidentinnen aus der ganzen Schweiz gut besucht. massgebend auch zwei top Referenten bei. Nick Mayencourt, Global CEO Dreamlab Technologies, sprach zum "Cyberphysischen Raum" und dokumentierte sehr eindrücklich die Tatsache, dass sämtliche grossen Risiken heute global sind – dazu gehören insbesondere auch die Cyber Risiken. Sergio Pietro Ermotti, Group Chief Executive Officer der UBS Group AG referierte zu den neuen Herausforderungen des Finanzplatzes Schweiz und alarmierte die Anwesenden auch mit einer Kernaussage "Nicht mehr too big to fail, sondern eher too small to survive" und ehrte mit seinem Kommen auch die Frauen in seinem Heimatkanton.

Zu den ordentlichen Geschäften gehörte auch die Neuwahl des Geschäftsleitungsmitglieds, Sibylla Stoffel-Hahn, Präsidentin der FDP.Die Liberalen Frauen Kanton Zürich, die einstimmig und mit Begeisterung im Team aufgenommen wurde. Bereits in ihrem ersten Jahr als Vorstandsmitglied hat sie sich mit grossem Engagement für die FDP Frauen eingesetzt. Die FDP.Die liberalen Frauen freut sich auf die weitere Zusammenarbeit mit ihr.

4.1.4. Nationale Dachkampagne

Im Juni 2019 lancierte die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz ihre nationale Dachkampagne. Diese nahm sich der Gleichstellungsthematik aus einer neuen, bislang weitgehend vernachlässigten Perspektive an und hatte zum Ziel, das Bewusstsein innerhalb der Bevölkerung zu schärfen. Damit wurde insbesondere aufgezeigt, dass eine «gelebte Gleichstellung» mit gleichen Bildern und Begrifflichkeiten im Kopf beginnt, und staatliche Regulierungen nur einen Teil der gewünschten Gleichstellung bewirken können. Die Kampagne machte während einer Woche im Juni sowie einer Woche im August auf digitalen Plakatwänden in allen grossen Bahnhöfen der Schweiz die Bürgerinnen und Bürger auf die in den Köpfen noch immer vorherrschende Gleichstellungsproblematik aufmerksam.

4.2. FDP.Die Liberalen Service Public

Daniel Seiler, Präsident FDP.Die Liberalen Service Public

4.2.1. Veranstaltungen 2019

Im 2019 boten wir erstmals den FDP Service Public Netzwerk-Lunch im zweimonatigen Rhythmus an, jeweils am zweiten Mittwoch in den geraden Monaten. Das erste Mal waren wir im Restaurant National am Hirschengraben und drei Mal im Restaurant Rathaus. Der Mittagslunch stiess auf reges Interesse, war stets gut besucht und wird daher weitergeführt – ab 2020 monatlich.

Auch im Jahr 2019 konnten wir wiederum spannende Anlässe bieten. Dazu zählen insbesondere das Referat unserer Parteipräsidentin Petra Gössi und dasjenige des EDA-Generalsekretärs Markus Seiler. Bei beiden Referaten konnten die Teilnehmer viele interessante Informationen aus dem Alltag unserer Parteipräsidentin bzw. des EDA-Generalsekretärs erfahren. In diese Reihe gehört ebenfalls das Referat des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB) Adrian Lobsiger, welcher uns auf spannende Weise in die Tiefen der Persönlichkeitsrechte und somit des Datenschutzes einführte. Am Fraktionsapéro schliesslich referierte Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Mitglied des Bundesvorstands der FDP Deutschland, zum Thema «Liberale Werte im heutigen Kontext». Alle Anlässe waren sehr gut besucht und erfreuten sich grossem Interesse.

Am Tag der FDP am 31. August 2019 in Aarau betrieb FDP Service Public zusammen mit der FDP International einen Stand. Es gab reges Interesse an unserer Vereinigung, jedoch stellten wir fest, dass wir über keine Werbematerialien wie Flyer verfügen. Deshalb erarbeitete der Vorstand verschiedene Massnahmen, um die Bekanntheit der FDP Service Public auch bei solchen Anlässen zu verbessern.

4.2.2. Aus dem Vorstand

Der teilweise neu zusammengesetzte Vorstand mit den neuen Mitgliedern Jasmina Felicijan, Vize-Präsidentin, und Thomas Herzog, Beisitzer, harmoniert sehr gut und hat bereits viele Ideen für künftige Anlässe und Aktivitäten. Die anstehenden Geschäfte wurden in verschiedenen Vorstandssitzungen und bilateralen Treffen abgehandelt. Bewährt hat sich dabei die Form der Telefonkonferenz, was für all diejenigen eine grosse Erleichterung darstellt, welche viel unterwegs sind bzw. nicht in Bern arbeiten. Die eingesetzten digitalen Hilfsmittel zeigen, dass die Vorstandsarbeit auch ortsunabhängig effizient und zur vollen Zufriedenheit ausgeführt werden kann.

4.2.3. Ausblick 2020

Das neue Vereinsjahr beginnt traditionellerweise mit dem Fraktionsapéro, für welchen wir dieses den Delegierten des Bundes für Cybersicherheit, Florian Schütz, gewinnen konnten– eine interessante Diskussion zu brandaktuellen Themen ist also gewiss! Als ein Novum besuchen wir im Rahmen eines halbtägigen Anlasses das Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen und führen den Netzwerk-Lunch nun auch in Zürich durch. Zudem werden wir in diesem Jahr auch über die Digitalisierung der Post mehr erfahren.

4.3. FDP International

Roger Kölbener, Präsident FDP.Die Liberalen International

4.3.1. Auslandschweizer

Die FDP International war vom 16.-18. August mit einem eigenen Stand am **97. Auslandschweizerkongress** in Montreux präsent. Im Rahmen des Kongressprogramms gab die Auslandschweizerorganisation ASO den Parteien auch die Möglichkeit, sich und ihre Schwerpunkte für die eidgenössischen Wahlen vom Herbst 2019 vorzustellen, was durch die nationale Parteipräsidentin Petra Gössi persönlich wahrgenommen wurde. Dies verhalf der Partei insgesamt zu einem starken Auftritt.

Am Vorabend der ersten Sitzung des **Auslandschweizerrates** (ASR) vom 23. März in Bern organisierte die FDP International zudem ein gemeinsames Nachessen mit Mitgliedern des Auslandschweizerrates und Mitgliedern der Bundeshausfraktion (NR Laurent Wehrli, FDP VD und Vorstandsmitglied der ASO, und Isabelle Moret, FDP VD und Mitglied des ASR), um den Austausch zwischen den Ratsmitgliedern, der Partei und der Fraktion zu pflegen. Dieser Austausch soll in dieser Form jedes Jahr stattfinden, zumal wir die einzige Partei sind, welche dieses Angebot macht und er uns erlaubt, den Austausch mit dem ASR über das Wahljahr hinaus nachhaltig zu festigen, was zum Nutzen beider Seiten ist.

4.3.2. Vertretung der FDP in internationalen Organisationen

Der FDP International ist es nach 2018 auch 2019 gelungen, die Präsenz der FDP in den internationalen Organisationen sichtbar, konstant und unter Einbezug der Parteibasis zu stärken. Insbesondere in der ALDE wird die Schweizer Beteiligung für ihre mittlerweile konstante Präsenz und ihre konstruktive Teilnahme auch bei schwierigen Fragen sehr geschätzt. Dass die Ratssitzung (Council) im Juni in der Schweiz stattfinden konnte, war ein Resultat davon.

ALDE: Die FDP International repräsentierte die FDP Schweiz an zwei ALDE Ratssitzung in Berlin (09.02.2019) und Zürich (28.06.2019) sowie am Kongress in Athen (24-27.10.2019). Dabei konnten wieder sämtliche Stimmrechte wahrgenommen werden (3 an der Ratssitzung und 14 am Kongress).

Mit dem **Council der ALDE in Zürich** fand erstmals eine Veranstaltung der ALDE in der Schweiz statt. Die FDP trat als Gastgeberin auf, wobei sämtliche organisatorischen Fragen durch die FDP International koordiniert wurden. SR Andrea Caroni vertrat die Partei als deren Vizepräsident beim Treffen der Parteipräsidenten sämtlicher Mitgliedsparteien, welches vor der Ratssitzung stattfand. NR und Fraktionschef Beat Walti hielt für die Partei die Eröffnungsrede zur Ratssitzung. Mit den NR Doris Fiala und Hans-Peter Portmann nahmen zudem zwei weitere Mitglieder der Fraktion an der Veranstaltung teil. Weiter wurde eine durch die FDP International vorbereitete **Resolution**, welche zu Deeskalation und Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU auf dem Weg zum Rahmenabkommen aufrief, durch das Council verabschiedet. Die ALDE stützte damit im Wahljahr explizit den europapolitischen Kurs der FDP Schweiz.

Für den **Kongress** in Athen organisierte die FDP International wieder die Delegation der FDP Schweiz und erstellte auch dieses Jahr ein umfassendes Dossier für den Kongress, welches vorgängig dem Vorstand der FDP Schweiz zur Genehmigung der Abstimmungsparolen vorgelegt und anschliessend den Delegierten zur Verfügung gestellt wurde.

Liberal International: Die FDP International repräsentierte die FDP am Executive Committee der LI in der Person von Beat Schlatter und Joelle Fiss (05.-06. Juni in London). Mit Joelle Fiss (FDP GE) wurde zudem eine Vertreterin der Partei ins Human Rights Committee der LI gewählt. Ausserdem nahmen mit NR Laurent Wehrli und SR Andrea Caroni am 14. Oktober zwei Mitglieder der Bundeshausfraktion am Treffen liberaler Parlamentarier teil, welches die LI anlässlich der Versammlung der Interparlamentarischen Union organisierte. Im Gegensatz dazu bleibt die Suche nach Delegierten, welche die Partei auch an Veranstaltungen der LI ausserhalb Europas gut vertreten können, schwierig. Dasselbe gilt für die Bedeutung und Wertschätzung der Mitgliedschaft bei Liberal International innerhalb der eigenen Partei.

4.3.3. Wahljahr

Die Veranstaltungen und Aktivitäten der FDP International standen 2019 im Zeichen des Wahljahrs mit einem Schwergewicht auf die Auslandsschweizerthematik. Die FDP International erarbeitete hierzu ein „**Wahlmanifest**“ mit den Positionen der Partei in den 5 für die Auslandschweizer wichtigsten Fragen. Dieses war sowohl mit den Diskussionen im ASR als auch mit den Positionen der Fraktion abgestimmt und diente als Grundlage für unsere **Wahlempfehlungen** pro Kanton. Wahlempfehlung und –manifest präsentierte die Partei digital auf ihrer Webseite, worauf in Medienanfragen verwiesen werden konnte und welche wir auch bewarben. Mediale Sichtbarkeit erhielt die Sektion im Jahr 2019 durch die Interventionen und Auskünfte von Roger Kölbener im Rahmen des Wahljahrs („swissinfo“, „Tagesschau SRF“, NZZ, weitere regionale Publikationen). Neben der Auslandsschweizerthematik konnte auch die ALDE-Mitgliedschaft medial genutzt werden, insbesondere durch das Council in Zürich.

4.3.4. Vorstand

An der Generalversammlung im August wurde Arbela Statovci neu in den Vorstand gewählt. Zurückgetreten sind Bernard Baur, Peter Balsiger, Marco Weber und Eric Roesch. Auf Januar 2020 wurde zudem Sandro Frei neu in den Vorstand aufgenommen, der sich damit wie folgt zusammensetzt: Roger Kölbener (Präsident), François Baur (ALDE), Florian Baccaunaud (Auslandschweizer), Arbela Statovci (Kommunikation), Sandro Frei (Mitglieder, Generalsekretär). Zudem gehören Samuel Lanz (Generalsekretär FDP Schweiz / Liberal International), Petra Studer (FDP Frauen) und Michel Tschank (Jungfreisinnige) dem Vorstand als Beisitzer an.

5. Anhang – Annexe

5.1. Anhang A – Annexe A

Vernehmlassungsantworten der FDP.Die Liberalen 2019

Réponses du PLR.Les Libéraux-Radicaux aux consultations en 2019

Die Stellungnahmen im Wortlaut können beim Generalsekretariat bestellt oder via Internet <http://www.fdp.ch/aktuell/vernehmlassungen/> <http://www.plr.ch/actualites/consultations/> abgerufen werden: Tel. 031 320 35 35, E-mail: info@fdp.ch

5.2. Anhang B – Annexe B

Parteivorstand mit Ressortzuteilung

Mitglieder per 31. Dezember 2019 – Membres le 31 décembre 2019

Präsidentin / Présidente:

- › Gössi Petra NZ (SZ): Wahl 2016, Wiederwahl 2018, Ressort Parteiführung

Vizepräsidenten / Vice-présidents:

- › Caroni Andrea SR (AR): Wahl 2016, Wiederwahl 2018, Ressort Parteiführung
- › Lüscher Christian CN (GE): Wahl 2012, Wiederwahl 2018, Ressort Abstimmungen
- › Nantermod Philippe CN (VS): Wahl 2016, Wiederwahl 2018, Ressort Mitglieder
- › Vitta Christian Staatsrat (TI): Wahl 2016, Wiederwahl 2018, Ressort Internationales
- › Wasserfallen Christian NR (BE): Wahl 2012, Wiederwahl 2018, Ressort Kommunikation (bis 31.12.19)

Vorstand / Comité:

- › Walti Beat NR (ZH), ex-off Fraktionspräsident, Ressort Parteiführung
- › Feller Olivier CN (VD): ex-off Vizepräsident der Faktion, Ressort Parteiführung
- › Hefti Thomas SR (GL): ex-off Vizepräsident der Fraktion, Ressort Abstimmungen
- › Seiler Daniel ex-off FDP Service Public, Ressort Kommunikation
- › Fiala Doris ex-off FDP.Die Liberalen Frauen, Ressort Kommunikation
- › Silberschmidt Andri ex-off Jungfreisinnigen, Ressort Mitglieder (nur bis 2.12.2019)
- › Dobler Marcel Beisitzer: Wahl 2016, Wiederwahl 2018, Ressort Abstimmungen
- › Borloz Frédéric Beisitzer: Wahl 2018, Ressort Mitglieder
- › Burkart Thierry Beisitzer: Wahl 2018
- › Scheuermeyer Christian Beisitzer: Wahl 2014, Wiederwahl 2018, Ressort Kommunikation
- › Schneeberger Daniela Beisitzerin: Wahl 2016: Wiederwahl 2018, Ressort Abstimmungen
- › Waser Ruedi Beisitzer: Wahl 2016, Wiederwahl 2018, Ressort Mitglieder
- › Wavre Rolin Beisitzer: Wahl 2014, Wiederwahl 2018, Ressort Abstimmungen
- › Lanz Samuel ex off Generalsekretär, Ressort Parteiführung

5.3. Anhang C – Annexe C

Fraktionsvorstand per 31. Dezember 2019 – Comité du Groupe le 31 décembre 2019

Mitglieder mit Stimmrecht

Fraktionspräsident / Président du Groupe

- › Walti Beat Nationalrat (ZH)

Vizepräsidenten / Vice-présidents

- › Feller Olivier Nationalrat (VD)
- › Hefti Thomas Ständerat (GL)

Zusätzliche Mitglieder ad functionem / Membres additionnels ad functionem

› Gössi	Petra	Nationalrätin (SZ), Parteipräsidentin
› Caroni	Andrea	Ständerat (AR), Vizepräsident
› Moret	Isabelle	Nationalrätin (VD), NR-Präsidentin, Mitglied Büro-NR
› Lüscher	Christian	Conseiller National (GE), Vizepräsident
› Nantermod	Philippe	Conseiller national (VS), Vizepräsident

Gewählte Mitglieder / Membres élus

› Bauer	Philippe	Ständerat (NE), gewähltes Mitglied
› Bourgeois	Jacques	Nationalrat (FR), gewähltes Mitglied
› Borloz	Frédéric	Nationalrat (VD), gewähltes Mitglied
› Schneeberger	Daniela	Nationalrätin (BL), gewähltes Mitglied
› Vitali	Albert	Nationalrat (LU), gewähltes Mitglied
› Cattaneo	Rocco	Nationalrat (TI), gewähltes Mitglied

Mitglieder ohne Stimmrecht

Bundesräte / Conseillers fédéraux

› Cassis	Ignazio
› Keller-Sutter	Karin

Partei ex.off / Parti ex.off

› Lanz	Samuel	Generalsekretär
› Mandl	Michael	Fraktionssekretär
› Stucki	Martin	Kommunikationschef
› Vitta	Christian	Staatsrat (TI), Vizepräsident

5.4. Anhang D – Annexe D

Kontakte – Contacts

(per 31. Dezember 2019 – le 31 décembre 2019)

Generalsekretär FDP.Die Liberalen / Secrétaire général PLR.Les Libéraux-Radicaux

Samuel Lanz
Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern
lanz@fdp.ch – Tel. 031 320 35 35
www.fdp.ch

Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen / Présidente Femmes PLR

Doris Fiala
FDP Frauen
Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern
info@fdp-frauen.ch
www.fdp-frauen.ch

Präsident FDP Service Public / Président PLR Service Public

Daniel Seiler
FDP Service Public, 3000 Bern
daniel.seiler@mac.com
www.fdp-servicepublic.ch

Präsident FDP.Die Liberalen International / Président PLR International

Roger Kölbener
Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern
koelbener@fdp-international.com